



# Demokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . K 2 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 98.—  
ganjährlig . . . 192.—  
Abbestellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlieferung der  
Retourkarten.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

Zustände werden laut Satz  
billig berechnet. Bei öfterem  
Einschaltungen Preisnachlass.

## Der Strid um den Hals.

Die Regierung hat gestern die seit langem angekündigte Vorlage über den Gehaltsabbau der Staatsbeamten im Abgeordnetenhaus eingebracht. Diese Vorlage ist nicht nur ein schwerer Schlag für die Tausenden von Staatsangestellten und ihre Familien, die sich eine empfindliche Kürzung ihres Einkommens gefallen lassen müssen, sondern auch, wie selbst die allerhöchsten Rusterstaatsbürger, die nicht Staatsangestellte sind, zugeben werden — eine Gefahr für den Staat selbst. Denn von nun an wird der Staat eine schlecht bezahlte und unzufriedene Beamenschaft haben, und welche Folgen dies für die Moral der Staatsverwaltung haben wird, wird ja die Zukunft lehren. Abgesehen davon sind einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes dahin gerichtet, die Kompetenz des Parlamentes in dem weiteren gedachten Abbau der Staatsbeamtengehälter einfach auszuschalten und auch auf diesem Gebiete den nächsten Absolutismus der Regierung und insbesondere des Finanzministeriums zu etablieren.

Die hauptsächlichsten materiellen Schädigungen, die die Staatsbeamten durch das neue Gesetz erleiden, sind die folgenden: Von der bisherigen Feuerungszulage werden den Staatsangestellten nunmehr 75 Prozent in den Grundgehalt eingerechnet und von dieser erhöhten Pensionsgrundlage haben die Angestellten die Beiträge zu zahlen. Trotzdem von nun an die Staatsangestellten 168 Millionen Pensionsbeiträge zahlen werden, werden sie insofern schlechter gestellt als die Privatangestellten, als diese ein gewisses Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung der eingezahlten Gelder ausüben, während die Staatsbeamten in diese Dinge nichts dreinzureden haben. Von den noch verbleibenden Feuerungszuschlägen werden den Staatsbeamten 20 Prozent sofort abgezogen. Am ärgsten aber ergeht es denen, die sich den Luxus leisten, eine Familie zu haben. Der Gehaltentwurf proklamiert als Grundgesetz, daß der Lohn eine Entschädigung für geleistete Arbeit ist, aber nicht eine Alimentation. Es wird ganz unumwunden in Aussicht gestellt, daß die Familienzulage dereinst gänzlich verschwinden wird. Alle diejenigen, die nach dem 31. Dezember in Staatsdienst treten, bekommen überhaupt keine Familienzulage mehr und auch für die Kinder, die nach diesem Datum geboren werden, werden keinerlei Zulagen bezahlt. Auch diejenigen, die Großeltern oder Eltern, Geschwister zu ernähren haben, werden nach und nach um diese Familienzulagen gebracht werden. Daß dies insbesondere die niederen Staatsangestellten trifft, bei denen der Kinderreichtum größer ist als in den höheren Kategorien, ist ohne weiteres einzusehen.

Das Gesetz trifft aber nicht nur die Staatsbeamten, sondern auch die Rechte des Parlamentes. Die Regierung wird in dem Gesetzentwurf ermächtigt, die noch übrig bleibenden Feuerungszulagen allmählich abzubauen, wenn sie es eben für notwendig und richtig befindet, ohne daß sie gezwungen ist, dem Parlament eine weitere Vorlage zu unterbreiten. Das Parlament wird also bei den künftigen Regelungen der Gehälter der Staatsbeamten einfach ausgeschaltet, die Diktatur Kaschins offen proklamiert. Besonders schwer kann diese Willkür die Arbeiter treffen, von deren bisherigen Bezügen zwei Drittel als Grundgehalt angesehen werden, das letzte Drittel als Notaushilfe, welche ihnen gleichfalls ohne Zustimmung des Parlamentes entzogen werden kann. Noch weiter geht die Willkür bei den Feuerungszulagen für jene Staatsbeamten, deren Angehörige im Auslande leben. Ihnen die Familienzulage zu entziehen, braucht der Finanzminister nicht einmal die Zustimmung der Regierung, sondern kann es selbst verfügen. Derselben Willkür der Regierung ist breiter Raum gegeben in einer andern Bestimmung des Gesetzes, worin die Zahlung der Gehälter der Staatsangestellten im Wege der Banken in vierteljährigen Raten im Vorhinein ausgesprochen wird. Auch

## Verfehlte Staats- und Wirtschaftspolitik.

Rede des Senators Genossen Nießner in der Budgetdebatte.

Einer der Herren Vortredner hat hier darüber gesprochen, daß die Budgetdebatte eine große Notwendigkeit ist; er hat gegen das Argument polemisiert, daß die Budgetdebatte ja eigentlich überflüssig sei und er hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß sie von der größten Bedeutung ist. (Sen. Dr. Hilgenreiner: Darum sind so viele hier alle Minister fehlen!) Ich glaube, daß es so sein sollte, daß die Budgetdebatte den Gipfelpunkt und Höhepunkt der Beratungen einer gesetzgebenden Körperschaft darstellt. In anderen wirklich demokratisch regierten Staaten ist die Budgetdebatte dieser Gipfelpunkt.

Es ist die große Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Parteien. Die Regierung muß Rede und Antwort stehen.

In welcher Weise wird bei uns eine Budgetdebatte abgewickelt? Die Herren Minister erscheinen überhaupt nicht im Hause. Daß ein Minister sich verpflichtet fühlen würde, auf das, was hier an gerechten oder auch an ungerechten Beschwerden vorgebracht wird, zu antworten, das hat man sich vollständig angewöhnt, oder eigentlich nicht einmal angewöhnt.

Bei uns gibt die Budgetdebatte, wie überhaupt jede andere Debatte nichts anderes, als die Gelegenheit, den Verfall des Parlamentarismus und die Abkündigung der Demokratie, des Willens des Volkes zu beobachten.

Die Abgeordneten und Senatoren halten Monologe, Selbstgespräche, um die sich niemand kümmert, als höchstens die zum Anhören verpflichteten engen Parteigenossen des Redners. Die Reden und alles, was hier vorgeht, findet draußen kein Echo mehr, man beachtet es nicht. Und warum ist es so?

Weil wir einen Parlamentarismus haben, der ein reiner Mechanismus ist, der keine Seele und kein Gerechtigkeitsgefühl hat und weil wir nur eine demokratische Form ohne Inhalt und ohne Geist vor uns haben.

Was nützt ein Wahlrecht, wenn nicht das ganze Leben vom Geiste der Demokratie erfüllt, durchtränkt ist, was nützt es, wenn die Verwaltung nicht im geringsten demokratisch ist. Die Demokratie besteht eben nicht in der leeren Form, sie besteht nicht bloß in der Schaffung eines reinen Mechanismus, besteht nicht in der Wahl der Abgeordneten, sei es nach welchem System immer; der Parlamentarismus besteht auch nicht darin, daß man Abstimmungen vornimmt, sondern der Parlamentarismus ist etwas ganz anderes, er muß, wenn er ein wahrer Parlamentarismus sein will und sein soll, vom Geiste der Wahrheit und wirklichen Demokratie erfüllt sein.

Ich anerkenne vollkommen das Prinzip von der Mehrheit und Minderheit. Die Mehrheit hat die Verantwortung zu tragen, es ist darum selbstverständlich, daß sie auch die Beschlüsse zu fassen hat. Aber die Minderheit kann und darf nicht Luft sein, darf nicht „überhaupt nicht existieren“, wie das bei uns der Fall ist. (Sen. Lisy: „Und was war mit uns in Wien?“) Ich werde noch darauf zurückkommen. Sie behaupten doch immer, in Wien war es so entsetzlich schlecht, warum befolgen Sie dieselbe Methode wie Wien und warum verschlechtern Sie sich noch womöglich? Wir sind die letzten, die vom Wiener Parlamentarismus und vom Oesterreichertum irgendwie erachtet waren, vielleicht weniger als Sie. Sie behaupten Entösterreichung. Ich will mir ein kleines Beispiel anführen.

da können gewisse Gebiete oder gewisse Angestelltenkategorien, ja einzelne Angestellte selbst ausgenommen werden. Auch da wird der Herr Finanzminister diktatorisch vorgehen, ohne daß das Parlament die Möglichkeit hat, Abhilfe zu schaffen.

Die volkswirtschaftliche Begründung, die der Motivenbericht zum Abbau der Gehälter der Staatsbeamten zu geben versucht, ist ein Schulbeispiel kapitalistischer Nationalökonomie. Es wird darin gesagt, daß die Preissteigerung auf dem Warenmarkt durch die Drosselung der Nachfrage herbeigeführt werden müsse. Da nun die Staatsangestellten einen beträchtlichen Teil der Konsumenten ausmachen, wird durch den Abbau der Gehälter die Nachfrage auf dem Warenmarkt verringert, wodurch ein rascheres Tempo des Sinkens der Preise ermöglicht wird. Die Re-

Das kaiserliche Prügelpatent vom Jahre 1854, das in Oesterreich selbst nicht mehr besteht, — bei uns besteht es noch immer und bei uns erklärt der Herr Minister des Innern, daß dieses Prügelpatent vorläufig nicht aufgehoben werden kann, solange man nicht etwas anderes an dessen Stelle setzt.

(Sen. Genosse Polach: Bis zum hundertjährigen Jubiläum! Siebzig Jahre sind es schon!)

Wie soll eine Anteilnahme bestehen, wenn von vornherein in jeder Frage feststeht, wie beschlossen wird, wie die Verhandlungen vor sich gehen werden und was beschlossen wird und daß nie und nimmer irgend etwas an einer Vorlage durch noch so gerechtfertigte Beschwerden und Einsprüche der Opposition geändert wird. Die Beratungen, die wir hier abhalten, sind eben keine Beratungen, ledern sind Reden, mehr oder minder zum Feuilleter hinausgehoben. Es ist nichts wie eine Formsidee, eine Dekoration, das ganze Parlament ist nur ein Feigenblatt für den Absolutismus, der hier herrscht, der allerdings nicht der Absolutismus einer Dynastie in dem Sinne früherer Dynastien ist. Es ist auch eine Art von Dynastie, die bei uns herrscht, die Dynastie einer politischen Gruppe,

deren Absolutismus sich in nichts von dem früheren Absolutismus unterscheidet.

Das österreichische Parlament hat immerhin dreißig Jahre und noch länger gebraucht, bevor es sein Ansehen ruiniert hatte. Dieses Parlament hat nicht 2 1/2 Jahre dazu gebraucht und heute ist schon die Stimmung derart, daß niemand mehr an das Parlament glaubt.

Wenn ich nun an die Besprechung des Staatsvoranschlags herantrete, kann ich es nicht tun, ohne die allgemeinen Grundzüge, nach denen regiert wird, zu besprechen. Wenn regieren voranschauen heißt, wenn regieren nicht bloß bedeutet, das Staatsgetriebe mechanisch aufrecht zu erhalten, sondern weiterzubilden, nicht nur für die unmittelbare Gegenwart, sondern auch für die Zukunft vorzuzurechnen, so ist auf diesem Gebiete alles verfaulend worden.

Wir erheben vor allem gegen die Regierung die schwere Anklage, daß sie gegenüber der furchtbaren Krise, von der unsere Volkswirtschaft heimgegriffen ist, in voller Unfähigkeit verharret ist.

Man sage mir nicht, daß es um eine Weltkrise gehe. Das weiß ich auch und wissen wir alle. Wir wissen, daß ein Großteil der Arbeitslosigkeit, des Stillstandes der Betriebe und überhaupt all der traurigen Erscheinungen mit ihrem Gesolge von Hunger und Elend eines großen Teiles der Bevölkerung in diesem Staate auf das Konto der Fehlleistung der ganzen Welt zurückzuführen ist, in welche die Welt durch den Krieg und die Friedensverträge gestürzt wurde. Aber es gibt einen

besonderen, einen besonderen Teil der Schuld, eine Verschärfung der Krise, die herbeigeführt wurde durch die unglückliche nationalökonomisch orientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierung.

Die Regierung hat nicht vorgebaut, sie ist überrascht worden vom dem kolossalen Umfang der Arbeitslosigkeit. Die Regierung ist rat- und tatlos dagesunden und sie ist es im Grunde genommen bis zum heutigen Tage geblieben. Der Versuch, durch Zureden die Krise zu beseitigen, die schmerzhaftesten Erscheinungen schreibt also die Ueberwindung der Krise durch die Verlesung einer großen Schichte arbeitender Menschen auf ihr Banner. Und in einer Regierung, die einen derartigen Motivenbericht zu einem Gesetzentwurf vorlegt, sitzen sieben sozialistische Minister!

Nach dem, was wir bisher in diesem Staate erlebt haben, müssen wir die Tschechoslowakei auf dem Gebiete der Gesetzgebung für das Land der unbegrenzten Möglichkeiten halten. Im Sitzungs-tempo wird wohl die Vorlage durch die beiden Häuser des Parlamentes durchgepeitscht und von den Regierungsparteien gehorsam votiert werden. Dabei aber bemerken die Regierungsparteien nicht, daß sich das Parlament durch dieses Gesetz den Strid um den Hals legt.

gen der Krise zu lindern, indem man den Bürgern zuredet, sie mögen doch zu billigeren Preisen verkaufen und mögen auf die anderen Bürger Rücksicht nehmen, das ist ein Sympathiemittel, würdig irgendeiner Dorfwohlfahrerin. Wir haben in den letzten Tagen auch den Herrn Finanzminister Dr. Kaschin, wenn ich so sagen darf, „an der Arbeit gefehen“, durch schöne Worte über die Krise hinweggeleitet zu wollen. Der Herr Finanzminister hat gemeint, es werde zuviel geschimpft und zuviel von der Krise geredet.

Ich möchte fragen: Was geschieht denn, daß wir Lobgesänge anstimmen sollen.

Wir würden ja gerne, aber man soll doch versuchen den

600.000 Arbeitslosen

oder wieviele es sind, plausibel zu machen und ihnen zu erklären, daß die Krise eigentlich nicht so arg ist und sie sollen nicht unzufrieden sein und nicht schimpfen.

Ich spreche gegen diese optimistische Art der Auffassung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, weil man darin den Versuch erblickt, dem aus dem Wege zu gehen, was zur Binderung und Milderung der großen Notlage und zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Staates überhaupt geschehen soll.

Es erregt Unwillen, weil man darin den Versuch der Regierung erblickt, nichts gegen die Krise zu tun.

Herr Dr. Kaschin hat auch gemeint, man möge nicht immer klagen, man müsse trachten, aus der Krise herauszukommen. An dieser Stelle hat er sogar das Vorhandensein einer Krise zugegeben. Die Bürger werden gewiß bestrebt sein, aus der Krise herauszukommen, aber es sollte

die Regierung mit gutem Beispiel vorangehen.

Sie sollte Ideen haben, sie sollte die Initiative ergreifen. Statt dessen sehen wir, daß alle das, was zur Verschärfung der Krise beiträgt, aufrechterhalten wird. Wir wissen, daß der Herr Finanzminister sich weigert, eine Ermäßigung der Kohlensteuer herbeizuführen u. wir wissen, daß er die größten Schwierigkeiten bezüglich der Ermäßigung der Frachttarife macht.

Wir möchten fragen, warum der Herr Finanzminister seine Aufforderung nicht vor allem an die wirklich Besitzenden richtet.

Wie sollen denn die besitzenden Bevölkerungsschichten in diesem Staate in ihren Anforderungen noch mehr zurücktreten, nachdem sie ohnehin schon auf ein Mindestmaß herabgedrückt sind.

An die Besitzenden wagt sich aber der Herr Finanzminister nicht heran. Erstens wohl aus dem Grunde, weil seine Macht hier verlagert, und zweitens, weil er es sich mit dieser Klasse nicht verderben will. Man redet also vom Zurücktreten der Anforderungen und Ansprüche. Zuerst ist man unter diesem Banner und unter diesem Lösungswort gegen die Arbeiter und gegen die Privatbeamten losgegangen und hat ihre Bezüge gekürzt.

Jetzt sollen die Staatsbeamten daran glauben.

Man spricht von Einschränkungen. Aber diese Einschränkungen sollen nicht dort gemacht werden, wo es wirklich leicht zu machen wäre: beim Militarismus, nein, bei den Beamten will man es machen.

Ja, man erklärt, daß in Zukunft oder in nächster Zeit dem Militarismus noch größere Opfer gebracht werden sollen.

Es ist wahr, unsere Verwaltung ist eine sehr teure. Die Kosten, welche der Staat jährlich an Personalausgaben und sonstigem Aufwand aufzubringen hat, sind ungemein groß. Sie sind verhältnismäßig ungleich größer wie in Oesterreich. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Verwaltung eines kleineren Staates verhältnismäßig teurer ist als die eines größeren Staates. Und vor allem darauf, daß man, wie es auch heute von vielen Rednern der Mehrheit zugestanden ist, bisher wirklich unökonomisch vorgegangen ist, daß man vielfach Anstellungen vorgenommen hat, die überflüssig waren, daß Beförderungen vorgenommen wurden, nicht nach Verdienst und Fähigkeit, sondern nach Protektion, nach nationalistischen Gesichtspunkten. Heute in der Zeit der Arbeitslosigkeit spricht man davon, daß man Entlassungen vornehmen wird, daß man die Zahl der Beamten und Angestellten reduzieren will. Das wäre eine unerhörte Grausamkeit.

Die Verwaltung ist also gewiß eine teure. Aber sie ist naturgemäß deshalb teuer, weil der

Staat führen hat, wie sie sich eigentlich nur eine Großmacht erlauben dürfte. Ich verweise darauf, daß beispielsweise das Ministerium für nationale Verteidigung allein jährlich 45 Millionen Kronen kostet, von welchem Betrag allein

18 Millionen für die französische Mission

hergegeben werden. Wir fragen an dieser Stelle, wie lange es denn noch notwendig sein wird, daß man hier die französische Mission mit unseren Steuergeldern erhält. (Zwischenruf: „Woju ist denn die französische Mission überhaupt da? Sen. Dr. Karas: Das wird sich uns bezahlt machen. Das Geld ist nicht hinausgeworfen.“)

Minister für nationale Verteidigung Udrzal hat in seiner Rede im Budgetausschuß gar nicht mehr schüchtern, sondern sehr deutlich darauf vorbereitet,

daß die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit in Stelle des heutigen stehenden Heeres die Miliz treten wird, eine vergebliche ist und daß man nicht damit rechnen könne, daß das Milizsystem bei uns Eingang finden könne.

Und er sagte, daß man jetzt sogar auch in der Schweiz daran denkt, das Milizsystem abzuschaffen. Das nun die Schweiz betrifft, so müßte sich auch der Herr Minister darüber klar sein, daß in diesem Staat wie in allen anderen Staaten sich die Reaktion entwidelt hat und daß auch dort die kapitalistischen Klassen sich nach einem stärkeren Schutz für ihre Interessen umschauen. Und sie hoffen, daß ihnen dieser Schutz in weit größerem und wirksameren Maße durch die Einführung des stehenden Heeres zuteil werden wird. Darum sind die Bestrebungen auf Abschaffung der Miliz und Einführung des stehenden Heeres in der Schweiz zu verzeichnen.

Aber das Rechenexempel, daß die Miliz etwas ökonomischer ist, daß sie teurer ist als das stehende Heer, dieses Rechenexempel müßten wir uns denn doch einmal genauer ansehen, und wir haben zu der Behauptung, daß es so ist, nicht so ohne weiteres Vertrauen. Ist das Defensiv, daß man aus dem Wirtschaftsgetriebe, aus dem Wirtschaftsleben 150.000 einbezieht, sie jahrelang zurückhält und auf diese Weise den Wert ihrer Arbeit für die gesamte Volkswirtschaft verlieren läßt?

Inland.

Die Reduzierung der Staatsbeamtenbezüge.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat die Regierung die nach schwerer Schmerzen entstandene Vorlage über die Bezüge der Staatsangestellten vorgelegt.

Im § 1 heißt es, daß die Gehalte der aktiven Staatsbeamten, Hochschulprofessoren, Richter, Lehrer, Militär- und Gendarmerieoffiziere um 75 Prozent erhöht werden.

§ 2. Die Ortszulage, die 50 Prozent des bisherigen Gehaltes beträgt, bleibt unverändert; ihr höchstes Ausmaß, das bisher mit einem Betrage von 4000 Kronen bemessen war, wird auf 7500 Kronen erhöht und bei Staatsangestellten, die in die Kategorie der Unterbeamten und Angestellten gehören, dann bei Gögisten außerhalb einer Rangklasse, sowie bei definitiven Gendarmen und Probegendarmen in der Höhe von 2000 Kronen auf gelassen. Ordentliche Hochschulprofessoren, welche den Gehalt der vierten Rangklasse erreicht haben, erhalten anstelle der bisherigen Ortszulagen Funktionszulagen der vierten Rangklasse bis zweiten Rangklasse sowie Hochschulprofessoren mit Bezügen der vierten Rangklasse, die eine Funktionszulage beziehen, wird zur Bemessung der Pensionsbezüge ein Betrag von 6000 Kronen eingezeichnet. Die Ortszulage von militärischen Offizieren in der vierten bis zweiten Rangklasse und Gendarmenoffizieren in der vierten Rangklasse bleibt das bisherige Höchstmaß auch weiter erhalten, das erwähnten Offizieren wird aber bei der Bemessung der Pensionsbezüge als Grundlage statt der 75prozentigen Ortszulage für Prag ein Betrag von 6000 Kronen eingezeichnet.

§ 4. Aktive Staats-, Zivil- und Militärangestellte, die in § 1 erwähnt sind und die im Staatsdienste schon vor dem 1. Jänner 1923 standen, gebühren außer dem Gehalt und den Ortszulagen ab 1. Jänner 1923 beginnend Zulagen für Kinder u. zw.: Für Staatsangestellte mit den Bezügen der ersten Stufe der zwölften bis inklusiv der dritten Stufe der achten Rangklasse jährlich 1200 Kronen, den Staatsangestellten mit den Bezügen der vierten Gruppe der achten bis inklusiv der zweiten Gruppe der dritten Rangklasse jährlich 1500 Kronen, Beamtenanwärtern, Unterbeamten, Angestellten, Gögisten außerhalb einer Rangklasse, definitiven Gendarmen und Probegendarmen jährlich 900 Kronen für jedes unverfögte Kind, allerdings bloß bis zur Höchstzahl von sechs Kindern bei Verheirateten.

§ 5. Die Teuerungszulagen bleiben in Gültigkeit, werden aber in einen einheitlichen Teuerungszuschlag vereinigt, der sich um den Betrag verringert, um den sich die Gehalte nach § 1 dieses Gesetzes vermehren und um jenen Betrag, der nach § 4 dieses Gesetzes auf die Kinderzulagen entfällt. Dieser einheitliche Teuerungszuschlag wird am 1. April 1923 um 20 Prozent herabgesetzt. Die Regierung wird ermächtigt, im geeigneten Zeitpunkte allmählich nach den Teuerungsverhältnissen in erster Reihe weitere Herabsetzungen des einheitlichen Teuerungszuschlages bis zu dessen vollständiger Aufhebung und in zweiter Reihe die Herabsetzung der Kin-

Das sozialistische Arbeitsprogramm in Sachsen.

Dresden, 12. Dezember. (Eigenbericht.) Im sächsischen Landtag leistete heute der neu gewählte Ministerpräsident Bud den Eid auf die Verfassung, um dann die Minister vorzustellen. Alle Männer der alten Regierung sitzen wieder auf den Ministerstühlen: Lipinsky hat das Innere, Dr. Falkner die Justiz, Meißner die Erziehung, Eißich die Wirtschaft, Feld die Finanzen und Richter das Arbeitsministerium. Sodann unterbreitete die Regierung dem Landtag ihr Arbeitsprogramm. Dieses betont vor allem, daß die neue Regierung die bisherigen Richtlinien der sozialdemokratischen Politik, auch weiter verfolgen werde. Die Staatsbetriebe sollen ausgebaut und vermehrt werden. Das bisherige Krankenhausgesetz wird durch eine neue Vorlage den heutigen Ansprüchen gemäß gestaltet werden. Das Altersgrenzengesetz für die Richter, das diese mit 65 Jahren in Zwangspension schickt, soll für alle Beamten und Lehrer angewendet werden. Weiters wird die Bearbeitung der Gemeindeordnung angekündigt, die den Mehrheitswillen des Volkes auch in der Staats- und Gemeindeverwaltung zum

berzulegen bis zu ihrer vollständigen Aufhebung durchzuführen.

§ 8. Staatsangestellten im aktiven Dienste, für welche der Staat nach den bisherigen Bestimmungen den zur Zahlung der Einkommensteuer eingehobenen Abzug übernommen hat, sind verpflichtet, aus ihrem Eigenen vom 1. Jänner 1923 50 Prozent, vom 1. April 1923 75 Prozent und vom 1. Juli 1923 volle 100 Prozent der auf die Dienstbezüge entfallenden Einkommensteuer zu übernehmen. (Hier ist es also den sächsischen sozialistischen Parteigenossen, den ursprünglich geplanten sofortigen Abzug von 100 Prozent bis 1. Juli aufzuschreiben.)

§ 11. Die einheitlichen Teuerungszuschläge werden vom 1. April 1923 beginnend um 20 Prozent herabgesetzt. Die allmähliche weitere Herabsetzung dieser einheitlichen Teuerungszulagen sowie der Kinderzulagen für Pensionisten wird gleichzeitig mit der Herabsetzung der Teuerungszulagen und Kinderzulagen für aktive Staatsangestellte nach § 5 durchgeführt.

Eine Neuerung ist die Ermächtigung an die Regierung, den Staatsangestellten die Bezüge in vierteljährlichen, im vorhinein zahlbaren Raten durch Anweisung auf ein hierzu bestimmtes Geldinstitut auszuschütten. Diese Art der Auszahlung kann auf einige Kategorien der Angestellten und auf einige Gebiete beschränkt und von der Erfüllung gewisser Bedingungen der Auszahlung abhängig gemacht werden.

Die höchste Reduktion beträgt 14 Prozent und dies erst vom 1. Juli.

Im Motivenbericht wird darauf hingewiesen, daß die Warenpreise gesunken sind und die Bezüge der Privatbeamten in den letzten Monaten herabgesetzt wurden.

Kramat in Brünn. Nun da der große Kramat auch den Brünnern das Licht seines Geistes leuchten lassen. Damit kein böser sozialistischer Spießhörnchen, sondern ein Eingangs des Befehls durch die nationaldemokratischen Nachwächter und Prüfler jeden Eintretenden auf den Weg einer Legitimation und auf Herz und Nieren. So konnte der Zaubergewaltige ungestört als in Ungeduld seine Weisheit von sich geben. Sie war wirklich sehr billig. Die Tschechoslowakei ist ein Nationalstaat, kein Nationalitätenstaat. Die Deutschen sind nicht würdig, an der Regierung teilzunehmen. (Andere tschechische Parteien reden den Deutschen bei jeder Gelegenheit zu, den Regierungskarren mitzuschleppen). Er fordert die tschechische Arbeiterschaft auf, mit der tschechischen Bourgeoisie eine nationale Einheitsfront zu bilden, womit er den tschechischen Sozialdemokraten, die doch wahrhaftig nach der Richtung nichts mehr zu geben haben und die treuesten Einheitsfrontler sind, eine schwere Kränkung antut. Und er droht den tschechischen Arbeitern mit der Aufrichtung einer bürgerlichen Einheitsfront, welche Drohung wohl nicht mißzuverstehen ist. Daß die feingefährliche Gesellschaft von Bourgeois und höheren Beamten ihrem ökonomischen Götzen zustimmen, ist nicht zu verwundern. Für den Sozialisten, den die zu ihrer geschichtlichen Rolle gelangte Klasse der tschechischen Kapitalisten schiebt, hat sie an keinem Mann einen stärkeren Exponenten als an Herrn Dr. Kramat. Seine nationalsozialistischen Gedanken-erzesse und Wortradomaniaden können niemanden verwirren, daß er am tiefsten, noch tiefer als die Deutschen, die Arbeiter haßt, denen er keine Autorität ist, die über seine Außergerathen spotten und die ihm zu verstehen geben werden, daß er, der sich für den größten Wächter der Gegenwart hält, nur der in nationale Wolle gewickelte Heiß der Vergangenheit ist, daß an Kramat nicht als Politiker, sondern nur als Agenten der Kapitalistenklasse gedacht wird. Niemand ist darum geeigneter, auch den in der tschechischen Sozialdemokratie zusammengefaßten Einheitsfrontlern das Festhalten an dieser Einheitsfront als eine für Sozialisten unmögliche Politik zu erweisen, als Kramat selbst. Darin wird einmal sein Verdienst um die sozialistische Wiederbestimmung zu suchen sein.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Ausdruck bringt, die Schaffung weiterer Mittel für die Bauförderung der sozialen Betriebe, gesetzliche Maßnahmen für unentgeltliche Geburtshilfe, Beeinflussung der Reichsgesetzgebung zur Förderung der Gemeinwirtschaft. Bei der Regelung der Volksernährung wird die Regierung nicht davor zurücktreten, in die freie Wirtschaft einzugreifen. Die Erwerbslosensfürsorge, die Schulreform und die soziale Wohlfahrtspflege sollen fortgeführt werden. Die landwirtschaftliche Produktion wird mehr und mehr in eigene Regie übernommen. Die Trennung von Staat und Kirche soll weiter gefördert und die Reform der Justiz fortgesetzt werden. Neue Reformen werden in den höheren Schulen und notwendige Veränderungen im Hochschulbetrieb vorgenommen werden. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel wird in Aussicht genommen. Zum Schluß bekennst sich die Regierung zur Neugestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne. In den nächsten zwei Sitzungen wird dieses Arbeitsprogramm durchbesprochen werden.

Abgeordnetenhause.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde eine Reihe von Gesetzesentwürfen erledigt. Zu dem Gesetz betreffend die Zuschläge zu den Pensionsrenten sprach Abgeordneter Genosse Hirsch, der die Forderungen der Angestellten zu dieser Regierungsvorlage vorbrachte. Zum Gesetz über die Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge sprach Abgeordneter Genosse Uhl, der über die Behandlung der Kriegsbeschädigten Klage führte.

Das Interesse des Hauses war aber vor allem auf die Vorlagen der Regierung konzentriert. Insbesondere wegen der Staatsbeamtenvorlage wurde in den Koalitionskreisen noch verhandelt. Eine Abänderung dieser Vorlage ist aber nicht zu erwarten.

Im Einlaufe befand sich auch der bereits von uns veröffentlichte Antrag unserer Genossen für die Gewährung zinsfreier Darlehen an die Krankenkassen.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht des sozialpolitischen und Budgetausschusses über den Regierungsentwurf, betreffend die weitere Auszahlung der Teuerungszuschläge zu den Invaliden- und Altersrenten im Sultsiner Gebiet. Die Abstimmung hierüber wurde wegen ungenügender Präsenz vertagt.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wird der Regierungsentwurf, durch den die mit der Novelle vom 25. Jänner 1922 festgesetzten Fristen zu dem Gesetze über die Genüsse der Kriegsbeschädigten verlängert werden, verhandelt. Die Berichterstatter Abg. Novak und Raffl empfehlen den Antrag der Annahme, die auch erfolgt.

Sodann werden die in der letzten Sitzung in erster Lesung angenommenen Regierungsentwürfe in zweiter Lesung genehmigt.

Darauf berichten die Abg. Johanis und Tomasek über das Gesetz betreffend die

weitere Auszahlung der Teuerungszuschläge zu den Pensionsrenten.

Hierzu führt Abg. Genosse Hirsch u. a. aus:

Die Renten, die die Pensionisten bekommen, sind wahrlich nicht weniger als ausreichend zur Befriedigung auch nur der notwendigsten und zwingendsten Bedürfnisse. Nunmehr soll der Regierung die Macht gegeben werden, in dem ihr günstig erscheinenden Augenblick diese Zuschläge zu den Renten aufzuheben. Dagegen müssen wir auf das energischste unsere Stimme erheben. Wir können und dürfen der Regierung nicht diese Macht in die Hand geben, denn wie wissen ja, wie die Regierungsparteien die Verhältnisse in der Tschechoslowakischen Republik beurteilen und so würde sich wahrscheinlich die Situation so gestalten, daß man eben die Zuschläge von 300 Prozent zu der Rente, aufhebt.

Ich möchte den Antrag auch dazu bemühen, um in ein paar ganz kurzen Worten aufzuzeigen, daß

unser Pensionsversicherungsgesetz endlich grundlegend geändert werden muß.

Ich möchte herausgreifen, daß bei den heutigen Verhältnissen die sogenannten Altersverpflichteten und Altpensionisten sich in einer viel unangenehmeren, in einer schlechteren Situation mit ihrer Anwartschaft und mit ihren Renten befinden, als die sogenannten Neubeversicherten. Ganz besonders möchte ich darauf hinweisen, daß endlich einmal Rechnung getragen werden muß unserer Forderung bezüglich Einziehung der Kriegsdienstjahre.

Wir sind der Meinung, daß die Rente unabhängig gemacht werden müßte von den beschriebenen Gehältern des Anfangsversicherung, daß die Invaliden-, Witwen- und Waisenrente schon nach kürzerer Frist fällig sein müßte, daß die Höhe der Rente von der Dauer der Versicherung unabhängig gemacht werden müßte, daß die Invalidenrenten nach 240 Beitragsmonaten oder Vollendung des 65. Lebensjahres als Altersrente ausbezahlt wäre. Auch für die in Versorgung stehenden Kinder müßte ein Zuschlag etwa in der Höhe von 20 Prozent gewährt werden. Ein besonders wichtiger Punkt wäre der Ausbau der Stellenlosenversicherung durch die Pensionsanstalt.

Vor allem aber müßte endlich, wenn die Pensionsversicherung gegenreicht für die Angestellten wirken soll, ein Staatszuschuß gewährt werden.

Ganz energisch aber müssen wir von dieser Stelle aus die Ausschreibung der Wahlen verlangen. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand, daß die Anstalt, die mit so ungeheurer wichtigen, verantwortungsvollen Dingen belastet ist, geleitet wird von einer Anzahl ernannter Personen.

Es fehlt in den Landesstellen die Vertretung der freigeberwirtschaftlich organisierten Kollegenchaft. Ich möchte nebenbei ausdrücklich aussprechen, daß wir festhalten an den Landesstellen, daß wir aber unbedingt auf alle Fälle die Wahlen ausgeschrieben wissen wollen. In diesem Sinne haben wir dem hohen Hause einen Antrag unterbreitet.

Wir müssen die Vorlage in dieser Textierung ablehnen. Wir können der Regierung nicht konzedieren, daß sie im Verordnungswege in einem ihr geeignet scheinenden Zeitpunkt die Zuschläge zu den Renten in der Höhe von 300 Prozent aufhebe. Wir müssen verlangen, daß dieser Passus aus der Vorlage eliminiert werde. Wir fordern die ehebaldigste Ausschreibung der Wahlen, damit wir auf Grundlage der Wahlergebnisse daran gehen, das Pensionsgesetz und das Versicherungs-gesetz von Grund auf neu zu gestalten. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird das Gesetz unverändert angenommen. Die vom Abg. Genossen Hirsch eingebrachte Resolution wird dem sozialpolitischen Ausschuß zugewiesen.

Sodann wird der Bericht des sozialpolitischen und Budgetausschusses über den Regierungsentwurf betreffend die

Regelung der Teuerungszuläge zu den Kriegsbeschädigtenrenten.

Nach den Berichterstattern gelangt zum Worte Abg. Genosse Uhl.

Die Kriegsbeschädigten aller Kategorien befinden sich in den denkbar traurigsten Verhältnissen.

Die gegenwärtige staatliche Fürsorge genügt nicht, von einer privaten kann man überhaupt nicht reden. Wie unsere Invalidenversorgung aussieht, zeigen uns einige Ziffern. Die vollen Invalidenrenten betragen 2400 Kronen. Diese Invalidenrente kann nur ein Invaliden bekommen, der mindestens zu 85 Prozent arbeitsunfähig ist. Die volle Witwenrente beträgt 600 Kronen jährlich, die Waisenrente 400 Kronen jährlich. Kinderlose Witwen oder Gefährtinnen, deren Erwerbssfähigkeit nicht wenigstens um 30 Prozent gemindert ist, haben keinen Anspruch auf Witwenrente. Der Invaliden, der mindestens 6000 Kronen Jahreseinkommen hat, verliert überhaupt jeden Anspruch auf die Invalidenrente.

Diese drei Bestimmungen zeigen so recht deutlich die Härten unseres Kriegsbeschädigtenfürsorgegesetzes. Das Gesetz ist ungenügend, entspricht nicht, fertigt die Kriegsbeschädigten mit lächerlichen kleinen Renten und Beträgen ab. Die Regierung scheint gar nicht die Absicht und den Willen zu haben, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zu verbessern. Wenn sie das wirklich ernstlich wollte, so hätte sie nicht im Voranschlag für 1923 Kürzungen in einem Ausmaß vorgenommen, die viele Millionen betragen.

Redner führt sodann eine Reihe von Beispielen an, die die traurige Lage der Kriegsbeschädigten deutlich illustriert.

Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten

wurde in dem Voranschlag für 1922 19.500.000 Kronen eingestellt, für dieselben Posten für das Jahr 1923 1.850.000 Kronen. Diese Post ist also um volle 17.650.000 Kronen gekürzt worden. Die Regierung sagt wohl in den Erläuterungen zum Voranschlag, daß diese Kürzungen nur deswegen erfolgten, weil die Heilbehandlung aus den gesetzlichen Rentengebühren gedeckt werden. Sieh schon die bisherige Heilbehandlung, trotzdem fast 20 Millionen jährlich zur Verfügung standen, viel zu wünschen übrig und hat sie viel Anlaß zu Beschwerden gegeben, so wird es in Zukunft noch viel schlimmer werden. Die Ansuchen um Heilbehandlung werden in einem Schneeden tempo erledigt. Die Erledigung der Gesuche läßt hier fünf Monate auf sich warten. Gerade hier wäre aber eine schnelle und exakte Erledigung besonders am Platze.

Fürsorge für amputierte Kriegsbeschädigte

ist ebenfalls unter aller Kritik. Für diese Zwecke ist für das Jahr 1923 ebenfalls eine Million weniger veranschlagt worden. Der Betrag für charitative Fürsorge, der ehemals im Jahre 1920 11.800.000 Kronen betragen hat, ist um 3.300.000 Kronen gekürzt worden. Die Begründung lautet: Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Sinken der Preise der Bedarfsartikel und Lebensmittel. Hier kommt zum Hohn noch der

Spott. Wo ist eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu merken?

Womit wir uns auch nicht einverstanden erklären können, das ist die Fassung des § 1, die die Neuordnung des Zuschlages der Regierung auf dem Verordnungswege einräumt.

Es ist eine Novellierung des Gesetzes für Kriegsbeschädigtenfürsorge notwendig. Die Zahl der Kriegsbeschädigten verringert sich ständig. Die dadurch ersparten Summen können man zur Erhöhung der Renten verwenden.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in un- veränderter Fassung angenommen und der Abänderungsantrag des Abg. Genossen Uhl abgelehnt.

Hierauf wird der Bericht des Ausschusses betreffend den Senatsbeschluss über den Antrag des Abg. Genossen Dietl auf Abänderung der §§ 85 und 100 des Erwerbsteuergesetzes beraten.

### Generaldebatte über das Budget im Senat.

Abwägung der Debatte im abgeklärten Verfahren. — Generalreferent Sen. Dr. Horáček: „Der Senat kann an dem Budget nichts mehr ändern.“

Präsident Prádel eröffnete die gestrige Sitzung des Senats um 10 Uhr 25 Minuten vormittags. Nach Annahme des Antrages auf abgeklärtes Verfahren bei der Budgetdebatte gibt

der Generalreferent Sen. Dr. Horáček einen Überblick über die durch die Verfassung festgelegten Rechte des Senats, die sich auf die Abänderung und Annahme des Staatsbudgets beziehen. Der Senat müsse sich dieser Rechte voll bewusst sein im Hinblick auf die Tatsache, daß

der Senat das Budget zur Durchberatung so spät erhalte, daß er keinerlei Änderungen mehr daran vornehmen könne. Denn sonst könnte das Budget bis zum 1. Jänner 1923 — der äußersten Frist — nicht erledigt sein.

Der Senat brauche sich aber deshalb nicht des Rechtes der Kritik enthalten und er könne seine Forderungen, besonders bezüglich unserer Finanzwirtschaft, in Resolutionen zum Ausdruck bringen. (Sen. Jirasek: „Wo bleibt der Finanzminister?“) Da von der vorjährigen Resolution nichts erfüllt wurde, so müsse man die darin enthaltenen Forderungen und Wünsche neuerdings aufstellen.

Im Vergleich zum alten Österreich sollten wir ein Budget von 9 Milliarden Kronen haben. Die Steuern und Ausgaben müssen den neuen Verhältnissen entsprechend herabgesetzt werden.

Wir müssen leider sagen, daß die Wirtschaft unserer autonomen Körperschaften noch immer eine Miskwirtschaft ist. Es muß endlich ein Ende gemacht werden mit der auf Zuschlägen basierenden Wirtschaft, die nur einen unerhörten Steuerdruck auf die Bevölkerung ausübt.

Schließlich wird der Antrag in der Fassung des Senatsbeschlusses, mit der Ausschlußresolution, angenommen.

Sodann werden noch die Regierungsvorlagen betreffend das Urheberrecht, der Zwangsliquidator für die Verteilung der Baumwolle und das Gesetz, durch welches das metrische Maß bei den Messungen für die Bodenreform in der Slowakei eingeführt wird, angenommen.

Hierauf wurde in die Beratung des Berichtes des Außen- und Budgetausschusses über den Regierungsantrag, durch welchen der Vertrag zwischen den Regierungen der Tschechoslowakischen Republik und der Österreichischen Republik über die Durchführung der Abmachungen vom 10. September, betreffend die Freimachung der zurückgehaltenen Depositionen, in Beratung gezogen. Die Regierungsvorlage wird in erster Lesung angenommen. Hierauf wird über den Regierungsantrag, durch den das Metrische Maß bei den Messungen für die Bodenreform in der Slowakei und in Karpatenrußland eingeführt wird, ohne Abänderung angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 14. Dezember, um ein Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung befindet sich bereits die Staatsbeamtenvorlage.

ern sind unverhältnismäßig hoch präliminiert, weil der Finanzminister annimmt, daß die Krise in Abnahme begriffen ist. Unsere Staatschuld wird nach der Entscheidung der Reparationskommission wieder wesentlich wachsen. Wir sind nach wie vor von Frankreich abhängig, die Schaffung der kleinen Entente, die als erster Versuch zur Selbstständigkeit gebildet werden könnte ist mißlungen. Für unsere auswärtige Politik kann es nur eine Richtung geben, und zwar die, mit unseren nächsten Nachbarn gemeinsame politische und wirtschaftliche Verhältnisse anzustreben. Auch die Innenpolitik ist nicht befriedigend. Die Zurücklegung der Minderheitsvölker dauert an, sie zeigt sich besonders in unserer Schulwesen, namentlich auch in der ungleichen Behandlung auf dem Gebiete des Hochschulwesens. Wir nehmen für uns unser Selbstbestimmungsrecht in Anspruch und werden darauf niemals verzichten. Sie aber haben es in der Hand, unserem Selbstbestimmungsrechte die von Ihnen gewünschte Richtung zu geben.

Sen. Dr. Franis (Nat.-Dem.) polemisierte gegen die Ausführungen des Sen. Wahrparting und drückte seine Überzeugung aus, daß die jetzige allnationale Koalitionsregierung eine feste Hand haben werde. Redner erklärte, daß sich seine Partei zu den übrigen Koalitionsparteien loyal verhalten werde und befahe sich dann mit der Politik der Deutschen, Kommunisten und Slowaken in diesem Staate. Für Karpatenrußland verlangte er eine strengere Kontrolle der Administration. Schließlich war der Redner für eine Verbesserung der Stellung der Aspiranten ein.

Sen. Tréta (Gewerbetr.) beanregte die geringe Dotierung des Handelsministeriums im vorgelegten Budget und wandte sich scharf gegen die Einreichung der Steuern bei Minderqualifizierten. Zum Schlusse beantragte der Redner eine Resolution, in der die Regierung zur Einsetzung einer Vermögensprüfungskommission aufgefordert wird.

Sen. Slabik (Agrarier) begrüßte es in seinen Ausführungen, daß das Budget nur ein so geringes Defizit aufweist. Er müsse sich aber dagegen stellen, daß das Budget so hoch bleibe. Unsere Administration müsse vereinfacht werden, da es nicht angehe, daß jeder 13. Bürger im Staatsdienste stehe. Redner kritisierte dann die einzelnen Budgetpunkte und kam zu dem Schluß, daß nicht die Regierung, sondern beide Häuser daran schuld seien, wenn durch die Ueberfülle der beschlossenen Gesetze der Bevölkerung schmerzlich untragbare Lasten auferlegt worden seien. Die Krise in der Landwirtschaft dürfe nicht bagatellisiert werden. Es müssen Vorkehrungen für die durch sie wankend gewordenen Kleinbauern getroffen werden. Nur in einer starken Landwirtschaft könne der Staat die Garantie dafür erdienen, daß seine Ausgaben bestritten werden. Redner befahte sich dann mit der Opposition und hält ein Zusammenarbeiten mit den Deutschen für ausgeschlossen. Mit den Kommunisten gebe es gleichfalls kein Zusammengehen, da diese das Privateigentum angreifen, welches von den Agrariern verteidigt werde. Redner verteilte dann auf die Budgetauswände für die Slowakei und drückte seine Bewunderung darüber aus, daß die slowakische Volkspartei gegen das Budget stimme.

Sen. Paris (d. Nat.) beanregte die Unübersichtlichkeit des Budgets. Es müsse auch Einspruch erhoben werden gegen die Verschleuderung von Zinnsparnissen zu Repräsentationszwecken im Innern und Auslande. Ein weiterer Grund zu ernstlichen Beschwerden finde sich auch darin, daß das Budget nur schwer erkennen läßt, mit welchen Anteil

ten die einzelnen Nationen an den Ausgaben partizipieren. Jede ernste Bemühung der Regierung selbst, zu sparen, werde demüht. Im Gegensatz zur Sparpolitik bei den Beamtenbezügen steht die Freigebigkeit beim Militär. Von der Einführung der Miliz werde überhaupt nicht mehr gesprochen. Während ungeheure Summen für das Militär aufgewendet werden, ist für die Kriegsbeschädigten der gleiche Betrag wie im Vorjahr eingesetzt, obwohl das neue Rentengesetz mindestens 108 Millionen erfordert wird. Ebenfalls genügt der für die Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten angelegte Betrag, für die charitative Fürsorge ist sogar weniger als im Vorjahr eingesetzt. Auf dem Gebiete des Schulwesens will man den Deutschen langsam aber sicher ihre höchsten Kulturstätten entreißen. Dieses Bestreben findet seine Ergänzung in der Ausgestaltung des tschechischen Minoritätsschulwesens.

Hierauf wurde die Sitzung um 3 Uhr nachm. unterbrochen.

Am 17 Uhr 10 Min. wurde die Sitzung wieder eröffnet. Nach dem

Sen. Balonsek (tsch. Agr.), der die Notwendigkeit einer schlagfertigen Armee gegen den inneren und äußeren Feind begründet, sprach

Sen. Dr. Kovalik (slow. Volksp.), bei dessen Rede es zu einem Zusammenstoße zwischen der slowakischen Volkspartei und den tschechischen Sozialdemokraten kommt.

Hierauf sprachen noch Sen. Klecál (tsch. Nat.-Soz.) und Sen. Kuesch (B. d. L.), worauf

Senator Genosse Niehner das Wort ergreift, dessen Rede wir an anderer Stelle des Blattes bringen.

Nach den Reden der Senatoren Schmidt (tsch. Nat.) und Jaros (tsch. Soz.-Dem.), der sich scharf gegen den Faschismus wandte, wurde die Sitzung — halb 10 Uhr nachts — geschlossen. Beginn der heutigen Sitzung um 10 Uhr vormittags.

### Mussolinis Blüffregiment.

Aus Mailand wird uns geschrieben: Mussolini wird in Italien wohl einsteifen am Ruder bleiben. Allen trotz der Gesche der Verachtung gegen Demokratie und Mehrheitsprinzip macht er zwei große Versuche, um wenigstens eine Art von demokratischer Legitimation vor dem Lande zu erreichen.

Der erste Versuch besteht in der faschistischen „Korrektur“ des Wahlsystems. Italien hat für das Parlament das Proportionalwahlrecht, während für die Gemeinderwahlen ein System besteht, das im Hinblick auf die Notwendigkeit einer starken Exekutive in der Verwaltung mehr auf die Schaffung einer starken Mehrheit abzielt. In den Gemeinderwahlen trägt die Partei mit der stärksten Ziffer den Löwenanteil an Sitzen davon. So wurden bisher z. B. in Mailand etwa 80 Stadivernichte gewählt, darunter 64 Sozialisten und 16 Vertreter anderer Gruppen. Bei den neuen Mailänder Gemeinderwahlen, die letzten Sonntag stattfanden, weil in Mailand (und an verschiedenen anderen Orten) infolge der faschistischen Revolte die alte Vertretung gesprengt wurde, wird das Bild diesmal sicherlich anders werden, zumal die Bürgerlichen von den Popularen bis zu den Faschisten einen Block gebildet haben. Mussolini hat nun für die Wahlen zum Parlament in Ansehung an das Gemeinderwahlrecht einen Vorschlag gemacht, der das Gemeinderwahlrecht bis zur Revision verzerrt. Der stärksten Partei sollen nach diesem Vorschlag, der falls das Parlament nicht darauf eingeht, einfach durch königliches Dekret verordnet werden wird, gleich drei Viertel der Stimmen des Wahlbezirks zugewiesen werden. Den Rest dürfen dann die anderen Parteien proportional unter sich verteilen. Ein Beispiel: ein Wahlkreis hat 20 Abgeordnete zu wählen und das Parteiverhältnis wäre etwa folgendes: 120.000, 110.000, 100.000, 30.000, 10.000 Stimmen. Dann beläme die stärkste Partei (der Faschisten natürlich, die auf den Wahlertrag rechnen) 13 und die anderen Parteien mit zusammen 250.000 Stimmen nur 4 Abgeordnete. Auf diese Weise also will Mussolini eine feste Mehrheit für das Parlament sichern.

Der zweite Versuch, die Faschisten-Herrschaft zu verankern, zielt auf die Einbeziehung der sozialistischen Gewerkschaften in die faschistischen syndicalistischen Organisationen, die von dem Faschisten Rossini geführt werden. D'Annunzio spielt den Vermittler. In der Villa, die d'Annunzio am Gardasee bewohnt — eine von der Regierung beschlagnahmte ehemalige deutsche Villa, die dem Dichter geschenkt wurde — fand vor kurzem eine Zusammenkunft verschiedener Gewerkschaftsführer, darunter der Generalsekretär Baldisso vom Gewerkschaftsbund und der sozialistische Abgeordnete Zaniboni, statt. Nach dem Wunsch der Faschisten soll eine Konstituante aller Gewerkschaften einberufen werden, um eine einheitliche Arbeiterbewegung auf nationaler Grundlage zu schaffen. Turati, der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, der unlängst in der Kammer Mussolini davon erinnerte, daß die Faschisten nicht wie die Österreicher mit Prügelein, sondern mit Wort und Torschlag das Volk heimgesucht haben, will von der Verwässerung der sozialistischen Arbeiterbewegung nichts wissen. Er betont, daß es Ehrenpunkte für die Arbeiterbewegung gibt, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Offenbar werden sich die sozialistischen Arbeiter, allen Lockungen zum Trotz, zu einer gleichartigen Ueberzeugung durazwingen.

### Exekutivbesetzung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.

Das Exekutivkomitee der I. A. S. P. trat am 8. d. in Frankfurt am Main zu einer Sitzung zusammen. Anwesend waren: Für Deutschland Crispian und Ledebour; für England Wallhead; für Frankreich Brade; für Litauen Balkal; für Österreich Adler; für Rußland Abramowitsch und Schreider; für die Tschechoslowakei Cermak; für die ungarische Emigrantengruppe „Bilagosog“ Kunft. An der Exekutivbesetzung nahm mit beratender Stimme für die I. A. S. P. Deutschlands auch Hilferding teil.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der von der letzten Sitzung der Exekutive geforderte Bericht über die durch die Vereinigung der beiden Parteien in Deutschland geschaffene Lage von den Genossen Crispian, energetisch und lebhaft andererseits erstattet. Nach einer eingehenden Debatte wurde mit sieben gegen drei Stimmen der folgende Antrag Adler angenommen:

Die Vertretung Deutschlands in der Exekutive der I. A. S. P. bleibt bis zur nächsten internationalen Konferenz unverändert.

Sodann wurde eine eingehende Beratung der Situation der internationalen sozialistischen Bewegung, insbesondere mit Hinblick auf die durch die Vereinigung in Deutschland geschaffene Lage abgeführt. Bei diesem Punkt wurde mit sechs gegen drei Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, folgender Antrag Adler-Brade zum Beschluß erhoben:

Indem das Exekutivkomitee der I. A. S. P. die Erfüllung seiner Aufgabe fortsetzt, an der Verwirklichung der einheitlichen sozialistischen internationalen Aktion und Organisation zu arbeiten, beschließt es, eine Delegation, bestehend aus sieben Genossen aus seiner Mitte damit zu betrauen, mit der Londoner Exekutive oder einem Komitee aus der Londoner Exekutive im Haag in Fühlung zu treten zu dem Zweck, diesem vorzuschlagen, daß ein gemeinsames Aktionskomitee gebildet werde, das vor allem die Aufgabe haben soll, einen internationalen Arbeiterweltkongress vorzubereiten. D diesem Komitee wird die Pflicht auferlegt, in möglichst kurzer Zeit einen Entwurf aller Vorschläge, die es dem internationalen Kongress zur Annahme empfiehlt, vorzulegen. Die I. A. S. P. wird in einer internationalen Konferenz zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Diese Konferenz soll womöglich unmittelbar vor dem internationalen Kongress stattfinden.

Schließlich beschäftigte sich die Exekutive noch mit dem von Internationalen Gewerkschaftsbund im Haag einberufenen Weltfriedenskongress und nahm mit sieben gegen drei Stimmen die folgende Resolution Adler an:

Obwohl die Exekutive der I. A. S. P. es bedauert, daß durch die Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes bürgerlich-pazifistische Elemente zu dem Weltfriedenskongress zugezogen wurden, stellt sie die Beteiligung an diesem Kongress den ihr angeschlossenen Parteien frei, da sie jeden Gegensatz zwischen gewerkschaftlicher und politisch-sozialistischer Bewegung zu vermeiden wünscht. Der Sekretär der I. A. S. P. wird an dem Dager Kongress teilnehmen und der Exekutive Bericht erstatten.

### Generalkrieg in Warschau.

Warschau, 12. Dezember. (Tsch. R. V.) Ueber Aufforderung des sozialistischen Gewerkschaftsrates wurde heute in Warschau zum Zeichen des Protestes gegen die gestrigen Ereignisse ein einseitiger Generalkrieg proklamiert. Im Elektrizitätswerk wurde der Betrieb erst gegen 5 Uhr wieder aufgenommen.

### Die Unruhen in Warschau.

Die Schuld des Innenministers und des Polizeipräsidenten.

Warschau, 12. Dezember. (Tsch. R. V.) Bei den blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Demonstranten gab es vier Tote und zehn Schwerverletzte. Unter den Schwerverletzten befindet sich u. a. der sozialistische Abgeordnete Piotrowski, an dessen Auskommen gezweifelt wird, die jüdischen Abgeordneten Erbmann und Komalki und die Abgeordneten der Volkspartei Amisz und Sydlowski wurden mißhandelt. Den Minister des Innern Kamienski beschuldigte der Sejmarschall Rataj mit scharfen Worten, daß er nichts getan habe, die Unruhen zu unterdrücken. Abgeordneter Diamand forderte den Minister Kamienski auf, das Parlament zu verlassen. Abgeordneter Witos erklärte, daß er zu dem Minister des Innern kein Vertrauen habe. Abends wurde der Kommandant der Warschauer Polizei Sikowski suspendiert und heute der Staatsanwaltsschiff übergeben. Minister des Innern Kamienski ist zurückgetreten, die Demission wurde sofort angenommen.

### Italien gegen die Ruhrbesetzung.

London, 12. Dezember. (Gagos.) Mussolini erklärte dem Savasvertreter: „Wir müssen vor dem 5. Jänner zu Entschlüssen kommen. Man muß handeln.“ Er fügte hinzu, daß die Ansichten Frankreichs und Italiens über die Ruhrbesetzung auseinandergehen und daß er keine Gebiete als Pfand haben wolle.

### Der Mißerfolg von London.

Die „Vertagung“ der Konferenz der Ministerpräsidenten bis zum 2. Jänner bedeutet einen schweren Mißerfolg für Poincaré und gleichzeitig merkwürdigerweise eine große Gefährdung Deutschlands. Poincaré hoffte, daß der Eintritt Mussolinis in die große Politik und die Erfolge Lloyd Georges durch Bonar Law ihn an das Ziel seiner Wünsche, die Befestigung des Ruhrgebietes, bringen werde, und sundenlang schien es tatsächlich auf der Konferenz, als ob man sich, natürlich gegen Jugoslawien in Lausanne, auf dieser Grundlage einigen wollte. Aber vor der ausgesprochenen Absicht Poincarés, Bonar Law und Lloyd George zu befehlen, wich Bonar Law doch zurück, denn bei der Abwehr dieses Gedankens weiß er ganz England einig. Der große Erfolg den Poincaré braucht, um der immer lauter werdenden Opposition im eigenen Lande Herr zu werden, ist also ausgeblieben, doch bevor es zu seinem Sturz kommt, hat es vielleicht noch gute Weile, und bis dahin wird er alles anwenden, um die Schritte von London wieder auszuweichen. Dem Gewaltplan, der im Räte der Minister fiel, kann im Jänner 1923 eine französische Gewaltpolitik auf eigene Faust folgen, Deutschland steht damit vor schwersten Tagen. Die Anerkennung, daß es gegenwärtig nicht zahlen könne, die ihm in London zuteil wurde, nützt ihm nichts, solange ihm nicht erträgliche Bedingungen für das zu gewöhnliche Moratorium gewährt werden, die Ablehnung des letzten deutschen Regierungsvorschlages läßt hier aber Schlimmes befürchten. Denn so unklar und lächerlich dieser Vorschlag auch sein mag, war er doch der weitestgehende, den ein deutsches Kabinett bisher gemacht hat, weil er die Marktstabilisierung ganz, die Reparationsab-schlagszahlung zum Teil durch eine Inlandsanleihe ausbringen will. Der schwere Fehler der Cuno und Hertel, diesen Vorschlag in London zu machen, ohne ihn vorher einem Ausschuss von Vollvertretern unterbreitet zu haben, ändert an seiner Bedeutung nichts. Gleichwohl wurde er abgelehnt. Welche Schicksale werden sich also Deutschland freiwillig anlegen müssen, um endlich Gnade zu finden vor den Augen des hohen Rates?

London, 12. Dezember. (Reuter). Wenn auch zugegeben wird, daß es auf der Konferenz der vier Ministerpräsidenten nicht gelungen ist, ein Einvernehmen zu erzielen, wird in englischen politischen Kreisen doch hervorgehoben, daß sich die Atmosphäre, in welcher die Aussprache vor sich ging, durch guten Willen und Entgegenkommen auszeichnete. Es wird nicht geleugnet, daß die Hauptursache des Mißlingens die Fragen gebildet haben, welche in Verbindung mit dem Ruhrproblem aufgetaucht sind; andererseits werden aber die Schwierigkeiten, denen diesbezüglich Poincaré gegenüberstand, vollständig anerkannt. Man erwartet, daß während der für die Vertagung der Konferenz der Ministerpräsidenten festgesetzten Frist auf der Lausanner Konferenz wesentliche Ergebnisse erzielt werden, welche günstige Rückwirkungen auf die übrigen Verhandlungen üben würden.

London, 12. Dezember. (Havas.) Das Hauptergebnis der Londoner Beratung beruht darin, daß die vier Regierungschefs einmütig die Unzerrennlichkeit des Reparationsproblems und der europäischen interalliierten Schulden anerkannt haben. Bonar Law erklärte sich bereit, die Möglichkeiten und Mittel in Erwägung zu ziehen, durch welche die europäischen Passiven liquidiert werden könnten, ohne daß abgewartet werden müßte, ob sich Amerika anschließe. Mussolini schlug vor, Deutschland solle von dem auf die sogenannten „C“-Bonds entfallenden Zinsen befreit werden unter gleichzeitiger Annullierung der interalliierten Schulden. Poincaré erklärte sich bereit, die Schuld Frankreichs an England auf die Weise zu zahlen, daß England in Form der Frankreich zufallenden „C“-Obligationen ein Kapital erhalte, welches jenen der französischen Schuld gleichkommt. Auf diese Weise würden die „C“-Bonds nur in dem Ausmaße annulliert werden, als sie zur Kompensierung der interalliierten Schulden dienen würden.

### Verhandlungen zwischen Deutschland und England?

Berlin, 12. Dezember. (Eigenbericht.) Nach den letzten Meldungen über die Londoner Verhandlungen ergab sich der vorläufige Eindruck, als ob die Situation noch schlimmer geworden sei. Es scheint aber nunmehr, daß die Lage sich wieder bessert. Dafür spricht schon, daß die Börse auf die Vorgänge in London nicht reagiert. Bemerkenswert ist ferner, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und England allein fortgesetzt werden. Das Endergebnis wird wesentlich von der Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den alliierten Schuldnern abhängen.

### Die Keine Entente gegen die Londoner Belpredurgen.

London, 11. Dezember. (Havas.) Die bevollmächtigten Minister der Staaten der Kleinen Entente in London überreichten im Außenministerium einen Protest gegen ihren Ausschluß von den Londoner Beratungen und erklärten, daß ihre Regierungen Beschlüsse, welche die Interessen ihrer Länder berühren, wie

z. B. die Herabsetzung der deutschen Schuld, der eine Abänderung des in Spa festgesetzten prozentuellen Verhältnisses, nicht anerkennen werden.

### Ein bayrischer Staatspräsident.

München, 12. Dezember. (Wolff.) Der Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages beschäftigte sich heute mit dem Antrag der bayerischen Volkspartei, wonach die bayrische Staatsregierung ersucht wird, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Staatspräsidenten an der Spitze der Staatsregierung vorsieht. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag mit einer Ergänzung, wonach der Staatspräsident vom Volke zu wählen ist, mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

### Die Neuwahlen in Oesterreich.

Wien, 12. Dezember. (Eigenbericht.) Der Bundeskanzler hat heute die Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien über die Frage der Neuwahlen begonnen. Die Christlichsozialen wünschen die Neuwahlen in der Art durchzuführen, daß die Mehrheitsparteien sich auf eine gemeinsame Liste einigen, um so mit größerer Aussicht den Wahllampf gegen die Sozialdemokraten führen zu können. Es ist bisher eine Einigung nicht zustande gekommen, da die Großdeutschen Angst haben, wenn sie eine gemeinsame Liste mit den Christlichsozialen aufstellen, daß ihre Anhänger entweder zu den Christlichsozialen, oder zu den Sozialdemokraten übergehen. Die Berichte, die über die letzten Verhandlungen der Christlichsozialen in Linz vorliegen, lassen es als wahrscheinlich erscheinen, daß mit Ausnahme der Wiener Christlichsozialen die Sozialen der Provinz durchaus nicht von den Neuwahlen begeistert sind.

### Der Prozeß Harden.

Dienstag begann der Prozeß gegen die Attentäter, die Maximilian Harden, den Herausgeber der Berliner „Zukunft“, einen heftigen Gegner des Krieges, überfallen haben. Die Anklage richtet sich gegen den Landwirt Herbert Weichardt und den Buchhändler Albert Grenz aus Oldenburg. Weichardt ist angeklagt, gemeinschaftlich mit dem flüchtigen Oberleutnant Walter Anfermann einen Mordversuch gegen Harden begangen, Grenz, ihn zu dieser Tat angestiftet zu haben. Der Verlaufs der Tat ist noch innerlich. Am 3. Juli abends erhielt Harden, als er von einem Spaziergang zurückkehrte und sich kurz vor seiner Wohnung im Grunewald befand, plötzlich von hinten einen fürchterlichen Schlag auf den Kopf, so daß er zu Boden fiel. Der Täter, Anfermann, machte Harden dadurch wehrlos, daß er sich auf den linken Arm des am Boden Liegenden stellte und dann mit einem aus Blei und Eisen hergestellten Totschläger mit voller Wucht zuschlug, so daß Harden acht schwere Wunden davontrug. Als Harden laut „Mörder“, „Dube“ rief, ließ Anfermann von ihm ab und ergriff die Flucht. Gebek wurde er während der Tat von Weichardt. Grenz soll als Beauftragter einer unbekannt Stelle Anfermann und Weichardt zur Tat angestiftet haben. Er ermittelte zunächst, ob beide bereit seien, im deutschösterreichischen Sinne tätige zu werden, nachdem er zuvor im März 1922 aus München einen nur mit einem Stern unterzeichneten Brief erhalten hatte, in dem er aufgefordert wurde, zwei junge „latenstrolche Männer“ zu benennen. Nachdem sich Anfermann und Weichardt bereit erklärt hatten, berichtete Grenz nach München. Er erhielt darauf folgenden Brief:

„Haben Sie Dank für die bereitwillige Zurverfügungstellung. Es handelt sich um die Erledigung der im anliegenden Zettel benannten Persönlichkeiten. Zur Ausführung liegt eine Summe bei, die Sie so verteilen wollen, daß sie Ihre Reisefolien decken. Verschönerungsmaßnahmen einleitend. Nach Ausführung der Tat wird Ihnen beiden Leuten eine weitere Summe ausbezahlt werden, welche die anliegende erheblich übersteigt. Außerdem wird beiden Leuten, falls sie Wert darauf legen, durch Vermittlung Anstellung in dem bayerischen Staatsdienst in Aussicht gestellt.“

Diesem Brief lag ein Zettel mit dem Namen „Maximilian Harden“ bei, ferner die Summe von 2.000 Mark und ein Zettel mit Verhaltensmaßnahmen; die Täter sollten nichts schreiben, ihr's Autos benutzen, nicht viel reden und nach der Tat in verdächtigen Nachrichten auseinandergehen. Bereits am 21. März sind Weichardt und Anfermann zur Verübung der Tat in Berlin gekommen und haben hier über drei Monate ein lustiges Leben geführt. Sie verbrachten viel in den Nachtlokalen Berlins, und Anfermann verband es, die Ruffierin einer bekannten Bar um 15.000 Mark anzuborgen. Schließlich gingen beiden das Geld aus und sie schrieben nun wieder an ihren Auftraggeber, den Angeklagten Grenz, und bat um weitere Geldmittel. Grenz ersuchte sie jedoch, erst einmal die Tat auszuführen, dann könnte er ihnen aus der Verlegenheit helfen. Die Angeklagten entwarfen noch vor der Tat folgenden Brief, in dem es u. a. heißt:

„Sehr geehrter Herr! Wir teilen Ihnen hiermit höflich mit, daß uns trotz ungünstiger Konjunktur der Geschäftsausschlag geküßt ist. Wir bitten höflichst und dringlich, alles Nötige zur Aufrechterhaltung der einmal eingegangenen Geschäftsverbindungen in die Wege zu leiten. Nach dem jetzigen Stand unserer Valuta halte ich baldmöglichst Anbahnen der beabsichtigten Geschäftsverbindungen mit der pp. Firma im Süden für unbedingt erforderlich. Ich verbleibe dankbar vorzugsweise die geplante baldige Festanstellung unserer beiden Herren bei der pp. Firma, die ihnen ja

auch vertragsmäßig in Aussicht gestellt ist. Gleichzeitig bitten wir bei Einlösung der Devisen dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die vereinbarte Anzahlung auch die entstandenen Kosten und Verzinsungen decken kann, also mindestens 60.000 Mark. Wünschenswert wäre, wenn unser Chef sich dazu verstehen könnte, die Schuldsumme in Höhe von 30.000 Mark extra auszuwerfen, so daß die Herren Agenten keine Einbuße des ihnen Zustehenden erleiden. In der Hoffnung, daß uns, dem Bericht Ihrerseits der genügende Nachdruck verliehen wird, zeichnen wir mit ganz vorzüglicher Hochachtung Immer die Allen.“

Die Angeklagten, die der ihnen zur Last gelegten Tat geständig sind, haben durch ihre Verteidiger, die offenbar gut „bötschen“ Rechtsanwälte Bloch-Berlin und Schiff-Oldenburg, über ihren Leumund Beweis angetreten. Der Rechtsvertreter Gardens wird Beweisanträge stellen, die darauf hincielen, aufzuklären, wer die Hintermänner der Tat seien, insbesondere durch die Vernehmung des verhafteten Korvettenkapitän Ehrhardt darüber, ob er an der Tat beteiligt ist. Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Bei der Bildung der Geschworenenbank wurden von der Verteidigung, unter der sich doch der Dr. Birch (!) befindet, alle Personen mit jüdisch klingendem Namen abgelehnt. Der Vorsitzende mahnte die Geschworenen, die Politik aus dem Gerichtssaal fernzuhalten und sich nicht durch politische Sympathie oder Antipathie leiten zu lassen.

### Der Beginn des Prozesses.

Berlin, 12. Dezember. (Eigenbericht.) Vor dem Schwurgericht (Berliner Landgericht 3) begann heute der Prozeß gegen die Attentäter auf Maximilian Harden, Scheichard und Req. Obwohl die Angeklagten einen Zusammenhang ihrer Tat mit den Anschlüssen auf Rathenau und Scheidemann leugnen, scheinen auch die Raben dieses Mordanschlages, wie aus der bisherigen Einvernahme hervorgeht, nach München zu führen. Die Angeklagten sagen aus, sie hätten Harden nur einen Denktzettel geben wollen. Früher hatten sie die Tötungsabsicht aber zugestanden.

### Tages-Neuigkeiten.

Jungfernschaft zu verkaufen! Der Inzeratenteil des „Prager Tagblattes“ und namentlich sein „Kleiner Anzeiger“ hat jeden, der sich mit ihm beschäftigt, gewiß in seinem Schamgefühl sozusagen hieb- und stichfest gemacht, aber es kommt doch noch vor, daß eine neue Anzeige alles bis dahin dagewesene übersteigt und selbst einem durch die „Tagblattkultur“ Abgehärteten das Blut der Empörung in die Wangen jagt. Den Gipfelpunkt der Schamlosigkeit scheint uns also das folgende, im gestrigen „Kleinen Anzeiger“ enthaltene Angebot erklimmen zu haben:

#### Junge Witze

aus vornehmer Familie, mit Intelligenz-Beruf, sucht mangels gesellschaftlichem Verkehr auf diesem Wege distinguierten vermögenden und geistvollen Charaktermenschen kennen zu lernen. Anon. zweif. Freundliche Zuschriften unter „Jus primae —“ auch italien. an „Praga“, Nilopn 33.

„Jus primae —“ zu ergänzen „noctis“ bezeichnete das fürchterliche Recht des mittelalterlichen Feudalherrn, die Freuden der Hochzeitsnacht bei jeder ihm leib eigenen Bauerntochter vorwegzunehmen zu dürfen, in ihm drückte sich die Verflärung, der Warencharakter der mittelalterlichen Bauernschaft am empfindlichsten aus. Und just dieses Schlagwort ist es, unter dem jetzt eine Witze „aus vornehmer Familie mit Intelligenzberuf“ daherkommt und einem — — „Charaktermenschen“ ihre Jungfräulichkeit auf offener Zeitungsmarke zum Verkaufe anbietet! Wie wußt muß es doch in der Seele dieses Weibes aufgehen, damit sie mit einem Zynismus sondergleichen vom Verschwiegensten reden kann wie von einer Handlung des Alltags, wie verkauft müssen die „vornehmen Familien“ und die „Intelligenzberufe“ sein, damit eine ihrer Angehörigen sich freiwillig zu etwas anträgt, was früher nur den Ärmsten der Armen als bösester Hohn angetan worden war! Und wie bar jedes Anstandsgefühles ist eine Zeitung, die solcher Selbstbefudlung ihre Spalten öffnet! Wahrlich: das Bürgerium, das in den Klöpfelstern seiner Presse seine besten Verteidiger sieht, ist, nach diesem Spruch einer „vornehmen Familie“ zu schließen, seiner Presse wert; und die Zeitungen wissen, wen sie verteidigen und welcher Methoden es dazu bedarf.

Stabsoffiziere unter den Fasziaten. Ueber den Fasziatismus schreibt das „Pravo Lidu“ unter anderem: „In geheimen Konventikeln organisiert sich auf breiter Grundlage eine national-terroristische Bewegung, welche in den Fußstapfen Horstys, Mussolinis, der deutschen Dageß und der finnischen Weihen Gardens einerschreitet. Diese Bewegung wartet auf den nächsten größeren Anstoß von außen oder innen, um in der Tschechoslowakei in Aktion zu treten. Sie sucht besonders die Sozialvereine und einige Legionärgruppen zu gewinnen und hat unter ihren Organisatoren auch Stabs-offiziere der Armee. Die Bewegung verheimlicht nicht ihre Pläne: Sie will einen terroristischen Kampf führen gegen alle sozialistischen Parteien und aus unserer Verfassung als auch aus unserer Gesetzgebung alles, was die Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit errungen hat, beseitigen.“

Aus Wilhelm's guten Tagen. Durch seine Neben ist Wilhelm II. während seiner Regierungszeit in der ganzen Welt berühmt geworden.

Nach seinem Sturz haben auch seine Randglossen in den Akten der hohen Politik seinen Ruhm vermehrt. Eine sehr lustige Sammlung würde sich ergeben, wenn man alle seine Depeschen zusammenstellte, die er im Laufe seiner dreißigjährigen Amtszeit verschickt hat. Jetzt eben veröffentlicht Helmuth v. Gerlach zwei bisher unbekannt Depeschen; sie sind beide an das preussische Oberverwaltungsgericht geschickt als „königliche Jenzur“ für Richtersprüche. In einem Falle hatte das Oberverwaltungsgericht eine Verfügung des Breslauer Polizeipräsidenten aufgehoben, der die Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Webern“ am Breslauer Theater verboten hatte. Wilhelm hatte laum von dieser Entscheidung des obersten preussischen Verwaltungsgerichts erfahren, als er sofort ein offenes Telegramm an dessen Präsidenten richtete:

Verstehe das Erkenntnis nicht. Spreche Ihnen meine Unzufriedenheit aus.

Und beim nächsten Ordensfeste gingen sämtliche Mitglieder des Gerichts leer aus. Ein andermal stand der Bürgermeister von Kolberg vor dem Gericht als Angeklagter in einem Disziplinerverfahren. Der Bürgermeister hatte es gewagt, einen städtischen Soal allen Parteien, also auch den Sozialdemokraten, zur Verfügung zu stellen. Darauf wurde er prompt in die höchste Disziplinarstrafe genommen und das Oberverwaltungsgericht bestätigte sie. Alsbald traf beim Präsidenten diese „gute Jenzur“ ein:

„Wilhelmshöhe, Schloß, den 2. August 1896 — 10 Uhr 49 Minuten.“

Von ganzem Herzen wünsche ich den Herren vom Gericht Glück zu dem mannhafsten und richtigen Urteil in der Kolberger Sache. Möge der klare Spruch auch jeden Schatten eines Zweifels bei meinen Untertanen beseitigen helfen, wie sie sich der alles regierenden und alles umhürzen wollenden, daher außerhalb der Gesetze stehenden gewissenlosen Kotte gegenüber zu verhalten haben, die noch eben den hehren Namen des deutschen Volkes im Ausland mit Rot besudeln helfen und deren Einfluß nur solange währt, als bis der Deutsche sich wie ein Mann zu ihrer Vernichtung zusammenschart.

Wilhelm I. R.“

Das war noch Wilhelm in Reinkultur! Die sogenannte Unabhängigkeit der deutschen Richter stand nur auf dem Papier. Praktisch waren die berufsmäßigen Rechtssprecher immer von den Launen des „hohen Herrn“ abhängig. Der ließ sich zwar nicht jedesmal direkt, aber doch sehr oft durch seine ministeriellen Mittelsmänner bei den Richtern in Erinnerung bringen. Und jahrzehntelang haben sie getreulich dem gekrönten Sozialistenjäger die Opfer apportiert. Es waren Wilhelm's beste Tage. Gleichzeitig waren es die Tage der tiefsten Schande für das deutsche Volk!

Ein Tunnel zur Dehung eines Schages. Im August des Jahres 1782 war an der Poldolant-Räste im Osten der Kap-Kolonie der Ostindienfahrer „Grosvenor“ mit einem an Bord befindlichen Schatz von Gold und Juwelen, dessen Wert auf zwei Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, gesunken. Bisher scheiterten alle Versuche, den Schatz zu heben, an dem hier besonders hohen Seegang, der die Tätigkeit der Taucher behindert. Vor einigen Monaten hat sich nun zum Zweck der Debung des Schages in der Kap-Kolonie eine Gesellschaft gebildet, die durch die Felsen der Räfte einen Tunnel von 150 Meter Länge in der Richtung auf das Brod getrieben hat. Durch Taucher soll nun festgestellt werden, ob das Schiff längs der Tunnel ober quer zu dem Ausgang des Tunnels liegt, dann will man sofort mit den Bergungsarbeiten beginnen.

Ungültige Staatsnoten. Die aus dem Umlaufe genommenen Staatsnoten zu K 100 (violette Farbe) und K 5.000 (rote Farbe) mit dem Datum vom 15. April 1919 werden bei den Kassen der Hauptanstalt des Bankamtes des Finanzministeriums in Prag, sowie dessen sämtlichen Filialen nur bis 31. Jänner 1923 umgetauscht. Nach diesem Termine verlieren sie ihre gesetzliche Zahlkraft.

Ein preussischer Gesetzentwurf gegen die Grundstückspekulationen. Das preussische Staatsministerium hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der jeden Verkauf eines bebauten oder unbebauten Grundstückes an In- oder Ausländer von der Genehmigung der Gemeindebehörde abhängig macht. In jedem Falle, in dem die Behörde die Verkaufsgenehmigung versagt, erhält sie das Vorkaufrecht; Ähnliche Gesetze bestehen schon seit langer Zeit in Hamburg und Sachsen. In Sachsen erhält die Gemeindebehörde ohne weiteres in jedem Falle, ganz gleich, ob der Verkauf genehmigt worden ist oder nicht, das Vorkaufrecht. Der Zweck dieser Gesetze ist, jede Spekulation mit Grundstücken auszuschließen. Wie weit heute die Dinge auf dem Grundstücksmarkt geblieben sind, zeigen einige Zahlen: In Deutschland werden zurzeit von deutschen Staatsbürgern nicht nur einzelne Häuser, sondern sogar ganze Straßenzüge auf gekauft, lediglich zu dem Zweck, um sie bei günstiger Gelegenheit mit möglichst hohem Gewinn wieder verkaufen zu können. Ganz besonders schlimm ist der Grundstücksankauf durch Ausländer. Es wird behauptet, daß 12 Prozent aller deutschen Häuser für rund 350 Milliarden Mark, d. h. zu ein Fünftel ihres Realwertes, in den Besitz von Ausländern übergegangen sind. In Berlin sind während der letzten fünf Monate 8500 Häuser an Ausländer übergegangen. Ein Tscheche kaufte z. B. vor einigen Wochen einen Komplex von 90 Häusern mit einem Schläge. Von dem Sohn des südlawischen Ministerpräsidenten Bassitzky wird behauptet, daß er einige 20 Häuser in Berlin besitzt. Dieser Häuserverkauf an Ausländer bedeutet in der Regel nicht nur eine Verschleuderung großer Werte, sondern auch den Verkauf der Häuser selbst, da die fremden Besitzer diese

# Die Außenpolitik der Tschechoslowakei.

## Erklärungen des Ministers des Äußeren Dr. Beneš im Außenamt des Senats.

Prag, 12. Dezember. Der Außenamt des Senats hielt heute mittags während der Sitzung des Plenums eingetretene Pause eine Sitzung ab, der der Minister des Äußeren Dr. Beneš beizuwohnen und auf zahlreiche an ihn gestellte Fragen Antwort gab. Die Anfrage des Sen. Dr. Horáček betraf die Lausanner Konferenz und den Anteil der Tschechoslowakei an den Vorkriegsschulden des Österreich-Ungarns; Sen. Dr. Novák verlangte Auskunft über die Welt-Handelspolitik dieses Staates und über die Javorina; Sen. Polber brachte die Frage der aus Russland geflohenen tschechoslowakischen Staatsangehörigen zur Sprache;

Sen. Dr. Raegle forderte den Minister auf, seinen Standpunkt zur deutschen Reparationsfrage darzulegen;

Schließlich fragte Senator Konečný über den Brünner Vertrag und Senator Dr. Krupka über unser Verhältnis zu Polen an.

### Minister des Äußeren Dr. Beneš

erklärte in Erwiderung der an ihn gestellten Fragen u. a.:

Die tschechoslowakische Regierung habe aus verschiedenen Gründen nicht um die Teilnahme an der Konferenz in Lausanne ersucht. Denn vor bei der Lausanner Konferenz anwesend sei, habe außer den Rechten auch Pflichten und vielleicht größere Pflichten als Rechte.

Die Regierung war der Ansicht, daß sie ihre Interessen in den Dardanellen und in der Levante ganz gut wahren könne, ohne bei der Lausanner Konferenz anwesend zu sein. An diesen Fragen haben Jugoslawien und Rumänien das größte Interesse. Diese Tatsache sei uns eine Gewähr dafür, daß auch unsere Interessen gewahrt werden. Nach ihr haben gleich diesen Staaten Handelsinteressen in der Levante und wir verlangen die Gleichheit mit allen. Mehr können wir nicht erreichen, aber weniger können wir auch nicht zulassen.

In Lausanne wurde mit der Kleinen Entente und mit England und Frankreich die Vereinbarung getroffen, daß wir

immer gehört und informiert werden, wenn den tschechoslowakischen Interessen ein Anheil drohe.

Wir haben erklärt, daß wir die gleichen Rechte bezüglich der Wirtschaft- und Handelsexpansion in der Türkei

verlangen, wie die anderen Staaten. Die Reise des Ministers nach Lausanne habe nur informativen Zweck geollt. Bei einer Zusammenkunft mit den Ministern Rindis und Duka wurden eine ganze Reihe von Fragen besprochen, die unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien, sowie die ungarischen Reparationsfragen betreffen.

### Die Aufteilung der österreichischen Vorkriegsschulden.

Die tschechoslowakische Delegation in dem zur Lösung dieser Frage durch die Reparationskommission errichteten Komitee habe sich ent-

In Ausführung eines Beschlusses der letzten Vollversammlung des Völkerbundes hat der Völkerbund beschlossen, alle Staaten, soweit sie dem Internationalen Abkommen vom Jahre 1910 über die Bekämpfung der pornographischen Literatur noch nicht beigetreten sind, aufzufordern, dies nunmehr zu tun. An alle Staaten wird ein Fragebogen versendet, in dem der Erheber, ihre Beobachtungen auf diesem Gebiete dem Generalsekretariat mitzuteilen. Dieses Material wird sodann geschickt der französischen Regierung übermitteln und diese ersucht werden, eine neuerliche Staatenkonferenz zur Bekämpfung der pornographischen Literatur einzuberufen, die voraussichtlich im nächsten Jahre in Genf geteigentlich der vierten Völkerbundversammlung stattfinden wird und die Aufgabe haben soll, ein neues internationales Abkommen zu beraten.

Der Wiener Wahr-Darling. Die Spezialität der Prager Univerfität — der christlich-sozialer Rektor und Parteimann, macht rasch und grundlich Schule, das beweist der Wiener Rektor A. Diener. Genau so wie sein edles Prager Vorbild betrachtet er sich als Sprecher der „arischen Studentenschaft“ und kündigt sich dem Teufel um den akademischen Senat, dessen höchster Vertreter er doch eigentlich ist. Im Gegenteil: er verhöhnt die von ihm repräsentierte Behörde, worüber der nachfolgende, in der „Reichsbelt“ (wo sonst?) veröffentlichte Artikel des Herrn Diener erbaulichen Aufbaumangunterricht erteilt, zur Fortsetzung der Wiener arischen Studenten, die Zahl der jüdischen Lehrer und Hörer einzuschränken, äußert sich Diener dahin, daß er das arische Memorandum als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen ansehe.

Er hält den Wunsch der Studentenschaft, daß nur ein bewiesener oder gelehrter arischer Nachkomme zum Rektor einer österreichischen Hochschule wählbar sein soll, für gerechtfertigt. Was die im zweiten Punkt des Memorandums geforderte Beschränkung jüdischer Lehr-

personen auf zehn Prozent der Gesamtzahl anlangt, so findet er den Wunsch der bodenständigen deutschen Studentenschaft begründlich, daß ihnen die Möglichkeit geboten werde, Vorlesungen auf allen Wissensgebieten bei deutschen Professoren zu hören. Anders steht es mit unserem jungen Nachwuchs an Privatdozenten, unter denen meistens an der medizinischen Fakultät das jüdische Element unermesslich stark überwiegt. In dieser Richtung dürfte es insofern schwer sein, Abhilfe zu schaffen, so lange insofern der geltenden Habilitationsvorschriften ausschließlich die wissenschaftliche Qualifikation für die Habilitation eines Privatdozenten maßgebend sein darf und nach dem Staatsgrundgesetz die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession kein Hindernis für die Erreichung eines allen Staatsbürgern zugänglichen Amtes bildet. Der im dritten Punkt des Memorandums geforderte Numerus clausus läßt sich nicht durchsetzen, soweit es sich um österreichische Staatsbürger jüdischer Konfession handelt. Wohl aber kann die Zahl der ausländischen jüdischen Studenten aus Polen, Rumänien und Ungarn auf loyalen Weise eingeschränkt werden. Der Abbau der Ostjuden muß heute im Programm jedes Rektors und Senats einer deutschen Hochschule einen hervorragenden Platz einnehmen.

Die Herren Professoren, die jetzt „arischer Gefinnung machen“, bilden die würdige Nachfolge der Kriegsgötter vom August 1914. Sie beweisen die gleiche Haltung vor der Wissenschaft (man lese Dieners Äußerung über die Privatdozenten nach) und den gleichen erschreckenden Mangel an Takt. Im Arabengang sind heute die Univerfitäten über-

all demgegenüber geteilt, daß der Tschechoslowakei mehr als 40 Prozent der Vorkriegsschulden zugewiesen werden. Es sei in diesem Komitee gesagt worden, daß die Tschechoslowakei ein reicher Staat sei und daher zahlen könne. Schließlich wurde vereinbart, daß die Tschechoslowakei 41 Prozent der österreichischen Vorkriegsschulden und 15 Prozent der ungarischen übernehme.

Österreich übernimmt 26 Prozent und Ungarn 50 Prozent der diesbezüglichen Schulden.

Ueber die Vereinbarungen mit Polen sagte der Minister, daß diese von Polen noch nicht ratifiziert worden seien. Bezüglich der

Welthandelspolitik

versicherte der Minister, daß alles unternommen würde, was für den Staat von Nutzen sei. Der Minister weist auf die unzähligen Handelsverträge hin, die die Tschechoslowakei mit den übrigen Staaten abgeschlossen hat und ist hinsichtlich des Saues von Handelschiffen der Meinung, daß es heute besser sei, Schiffe sich auszuliefern, als neue zu bauen.

Der Minister verweist dann darauf, daß ungefähr 20 Konsulate dieses Staates aktiv seien und daß unsere Konsulate durch Vermittlung von Millionengeschäften sich große Verdienste erworben haben.

Bezüglich der verbreiteten Gerüchte, daß er mit den Sowjets verhandelt hätte, erklärt Beneš ausdrücklich, daß daran kein wahres Wort sei. Die Tschechoslowakei habe

bezüglich Sowjetrußlands kein Präjudiz

geschaffen und werde nur im Einvernehmen mit den übrigen Staaten vorgehen. Redner befaßte sich dann mit der Frage der Reparationsmasse in Ungarn und mit der griechischen Frage und kommt schließlich auf

die Reparationen Deutschlands

zu sprechen. Er erklärt, daß er mit führenden Staatsmännern gesprochen und ihnen gegenüber seine Ansicht vertreten habe, daß er die internationale Lage für ernst halte.

Gleichzeitig habe er sich dafür ausgesprochen, daß die Reparationsfrage, als ernste Frage der Nachkriegszeit, ehestens geregelt werde. Heute sei die Reparationsfrage im kritischen Stadium angelangt und es sei sicher, daß nach der Londoner Konferenz baldigst darüber wieder beraten wird.

Der Minister macht darauf aufmerksam, daß Frankreich das Recht habe, von Deutschland die Bezahlung der Zinsen für jene Anleihen zu verlangen, die es zum Wiederaufbau — es handelte sich um 90 Milliarden Franken — benötigte.

Es werde aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Konferenz über die Reparations- und die internationalen Schulden kommen. Es wäre aber verfrüht, irgendwelche Urteile hierüber zu fällen.

Zum Schluß befaßt sich der Minister noch mit der tschechischen Minderheit in Oesterreich und mit den Verhältnissen im Teschner Gebiet.

Rückführung der Kriegsgefangenen. Abg. Genosse Joll verlangte vor allem Aufklärung über den Stand der Rückkehr der Kriegsgefangenen. Es soll ferner die allen sanitären Anforderungen Hohn sprechende Quarantänestation in Pardubitz aufgelassen werden. Redner bemängelte die verspätete Vorlage dieses Gesetzentwurfes, in dem jede Angabe, zu welchem Kurs die vom Ausland vorgeschriebenen Erträge zu leisten sind, fehlt. Er forderte Aufklärung, ob die in Betracht kommenden Summen im Budget in die für Verzinsung erforderliche Summe eingestellt erscheinen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die Regelung des Geld zu Rüstungszwecken oder zur Deckung von Mobilisierungsauslagen verwendet. Der Vertreter des Ministeriums für nationale Verteidigung stellte mit, daß ungefähr noch 1000 Kriegsgefangene sich in der Ukraine befinden dürften.

Das Christkind der Gemeinde Prag. Die wir erfahren, wurde die Erhöhung der Tarife der Monatskarten auf der elektrischen Straßenbahn endgültig beschlossen. Im letzten Augenblick sind noch einige wesentliche Abänderungen erfolgt. Der Preis der Invalidenarten beträgt 18 K, die Monatskarten für die Gemeindegestellten werden 20 K kosten, für Mittelschüler 25 K, für Hochschüler 42 K, Studenten bei einem Einkommen bis 2000 K 90 K, über 2000 K 120 K, verbilligte Monatskarte 90 K, Repräsentanten 180 K, für Lehrer 80 K, für Journalisten (mit Gültigkeit bis Betriebsabschluss) 50 K. Der Preis der elektrischen Stromes für Gemeindegestellte beträgt 180 K, für Lehrer 360 K für eine Kilowattstunde. — Das ist die heutige Weihnachtsbescherung der Gemeinde Prag — städtische Elektrizitätsgesellschaften. Während die „proletarische“ ihre Tarife abbaute, vertieren unsere lieben Strohblätter Straßenbahn und Elektrizität.

Neue 10-Pellerstücke. Der „Tribuna“ zufolge sollen bereits zu Weihnachten neue Bronze-10-Pellerstücke ausgegeben werden. Die eine Seite der Münze zeigt einige Bogen der Karlsbrücke mit Moldanoweten, die andere den böhmischen Löwen.

### Internationale Zeitungsausstellung in Prag.

Die erste internationale Zeitungsausstellung in Prag wurde gestern vormittags von dem Per-anstalter Pavlik und dem Bürgermeister der Stadt Prag Saza, vor einem kleinen Kreis geladener Gäste, vornehmlich Journalisten, eröffnet und nachmittags dem Publikum übergeben. Die Ausstellung, welche den großen Lageraal ganz einnimmt, bietet schon rein äußerlich ein überaus interessantes und originelles Bild. Nach den verschiedenen Staaten gruppiert, sind dort etwa 30.000 Zeitungen aus aller Herren Länder ausgestellt. Die Stirnseite des Saales, vor welcher sich eine Halle des Präsidenten befindet, ist den Zeitungen der Tschechoslowakischen Republik gewidmet, rings im Biera und in zwei Reihen in der Mitte des Saales auf kostbarartigen langen Pulten sind die Zeitungen von Frankreich, England, Rußland, Polen, Deutschland, Italien, der Schweiz, Belgien, Skandinavien, Norwegen, Griechenland, Persien, Japan, China, Jugoslawien, der Türkei platziert. An den Längsseiten des Saales befinden sich unter anderem die Zeitungsausstellung Oesterreichs, Ungarns und Afrikas. Es ist ausgeschlossen, in einer kurzen Skizze zusammenzufassen, was da an bedrucktem Papier gesammelt wurde und die Firma, die sich der stolzen Mühe dieser Ausstellung unterzog, hat sich ohne Zweifel ein Verdienst erworben. Ist doch dieser Ausstellung niemals eine ähnliche Veranstaltung vorausgegangen. Den Besuchern der Ausstellung, denen übrigens ausführliche Kataloge zur Verfügung gestellt sind, enthalten sich dort überaus interessante Einzelheiten von den verschiedensten Gesichtspunkten aus. Denn obwohl es natürlich nicht möglich ist, in einer derartigen Sammlung alle Zeitungen, die da in der ganzen Welt erscheinen, unterzubringen, so genügt doch eine Uebersicht über das tolle Material, das da im Lageraal aufgestellt ist, um von der verschiedenen Höhe der Entwicklung des Zeitungswesens in den einzelnen Staaten Zeugnis zu geben. An erster Stelle stehen nach der Ausstellung zu schätzen ohne Zweifel Deutschland, Amerika, England und Frankreich. Jedenfalls nicht beabsichtigt für den sozialistischen Besucher der Ausstellung, aber umso stärker ist eine Wirkung, welche die Ausstellung auslöst. Sie gibt nämlich einen in seiner Anschaulichkeit fast nicht zu überbietenden Beweis vom Riesenmaß der bürgerlichen Presse auf der ganzen Welt. Denn wenn auch unter den Zeitungen fast aller Länder, die dort ausgestellt sind, sich auch sozialistische Zeitungen befinden, so ist doch die Mehrheit der bürgerlichen Blätter derart erdrückend, daß dem sozialistischen Betrachter dort wieder so ganz dem Bewußtsein kommt, welcher Riesenapparat unserem Erzfeind, dem Kapitalismus zur Verfügung steht, um auf der ganzen Welt die Herzen und Hirne der arbeitenden Menschen einzufangen und zu umnebeln. Wenn man da sieht, wie beispielsweise unter den tausenden Zeitungen Amerikas, Englands, Frankreichs und Belgiens, in denen hundert Millionen von Arbeitern leben, sich kaum hier und da ein sozialistisches Blättchen findet, so wird man wieder einmal gewahrt, welche ungeheure Energie, welche riesenhafte Kräfte und welche bergeregenderen Wille notwendig ist, um den Kapitalismus zu gerümmern, der sich solche gewaltige Instrumente in unabsehbarer Zahl geschaffen hat. Die deutschen Arbeiter, die in diesen Tagen nach Prag kommen, mögen nicht veräumen, diese Ausstellung zu besichtigen und sich dort nebst vielfacher Belehrung und der Erweiterung ihres Horizonts die Ueberzeugung mit nachhause nehmen, daß es der Ausspannung unserer aller Kräfte bedarf, um die Macht der bürgerlichen Presse zu brechen.

wohl ausnahmslos nicht gesehen haben und sich auch nie darum kümmern werden. Es ist daher vollkommen berechtigt, daß die preußische Staatsregierung sich entschlossen hat, insbesondere den ausländischen Grundstückspekulanten das Handwerk zu legen.

Neues Mieterschutzgesetz in Oesterreich. Nachdem sich die Verhandlungen zwischen den Parteien durch zehn Monate hingezogen und 14 Sitzungen diesbezüglich stattgefunden haben, ist eine Einigung über das neue Mieterschutzgesetz zustande gekommen, wobei die Sozialdemokraten ganz bedeutende Erfolge erzielt haben. Das Kündigungsrecht der Hausherren wird durch das neue Gesetz noch eingeschränkt; vor allem die Kündigungen wegen Eigenbedarf des Hausherrn werden nach dem neuen Gesetz nicht mehr so leicht sein wie bisher. Das Anforderungsrecht der Gemeinden bleibt bestehen. Als Grundmietz gilt der halbe Friedensmierzins, daneben müssen die Mieter noch die Betriebskosten des Hauses, sowie die Instandhaltungskosten, welche letztere mit dem 15fachen Friedensmierzins festgesetzt werden, bezahlen. Die Kontrolle der Betriebskosten obliegt dem Bevollmächtigten der Mieter.

Ueber die natürliche Bewegung der Bevölkerung im Jahre 1920 in Böhmen, Mähren und Schlesien bringt eine Uebersicht (der vorläufigen Ergebnisse) die soeben erschienene Nr. 59 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Diefen gemäß wurden in den böhmischen Ländern im Laufe des Jahres 1920 249.525 Kinder geboren (hievon 242.552 lebend geborene); gestorben sind in diesem Jahre 176.451 Personen. Daher im ganzen zuzuwachsen 66.111 Personen (u. zw. im ersten Halbjahre 24.994, im zweiten 41.117). In dem Jahrzehnt 1911—1920 wurde der größte Bevölkerungszuwachs im Jahre 1913 (79.822 Personen) verzeichnet, wo die Zahl der Geborenen 262.892, der Verstorbenen 183.070 war. Die größte Abnahme der Bevölkerung weist das Jahr 1918 (— 114.240) aus, mit nur 113.489 geborenen Kindern und 227.729 verstorbenen Personen. Tagesein ist im Jahre 1920 ein erfreulicher Bevölkerungszuwachs in den erwachsenen Ländern zu verzeichnen (um 61.974 Personen). Nach dem zehnjährigen Durchschnitt hat die Bevölkerung durch die natürliche Bewegung in Böhmen, Mähren und im Troppauer Gebiet um 12.831 Personen zugenommen. — Die Anzahl der Eheschließungen in Böhmen, Mähren und in Schlesien betrug im Jahre 1920 133.576. Im Jahre 1911 wurden 74.497 Ehen geschlossen, seit dieser Zeit hat sich die Anzahl bis zum Jahre 1916 verringert, wo deren 32.726 verzeichnet wurden; von diesem Jahre an ist eine auffällige Tendenz zu beobachten, die im Jahre 1920 den Höhepunkt erreicht.

Lasset die Kleinen zu mir kommen... Vor etwa zwei Monaten wurde in Prag die sechsjährige Theresie Freichtinger aus dem etwa zwei Stunden entfernten Kumburg wegen Prostitution aufgegriffen und dem Jugendgericht überstellt. Dort gab sie an, schon als Schulmädchen vom Kaplan in Kumburg, Florian Stehrer, auf seinem Zimmer im Pfarrhof gefehandelt worden zu sein, wodurch sie schon frühzeitig verdorben und auf abschüssige Bahnen geleitet worden ist. Dieser Kaplan war in Kumburg als Mädchenjäger bekannt und seine Verhältnisse waren öffentliches Geheimnis. Das Jugendgericht trat den Klagen der Staatsanwaltschaft ab, die weitere Erhebungen durch die Gendarmerie anordnete. Die Gendarmerie überfandete der Staatsanwaltschaft ein ganzes Bündel schwer belastenden Materials, unter anderem auch die Auslage der im ganzen Dorfe als glaubwürdig und groß bekanntem E. W., die angab, daß Stehrer auch sie als kaum der Schule entwichenes Kind auf seinem Zimmer zu verewaltigen versucht habe, jedoch abließ, als sie zu Schreien begann. Die Staatsanwaltschaft ordnete immer wieder neue Erhebungen an, wodurch Stehrers Parteigenossen Zeit zur Beeinflussung der Jurgen und zur Verdrückung und Verschönung seiner Schandthaten gewannen. Als ein paar Ehe-männer, die den Pfaffen im Verdacht hatten, daß er ihren Weibern nachstelle, die Anzeige gegen ihn beim bischöflichen Ordinariat erstatteten, wurde Stehrer von Kumburg — nach Anger bei Weiz verlegt.

Ein tragischer Verlust. Die sozialdemokratische Jugendorganisation beklagt den Verlust eines ihrer treuesten und besten Mitglieder, des Genossen Karl Vabafsch, der auf tragische Weise ein Opfer der Elemente wurde. Die Naturfreunde des Auffsiger Gauses, denen sich eine Anzahl jugendlicher Naturfreunde aus Teschen angeschlossen hatten, stellten Sonntag, den 10. März von Turn aus dem Naturfreundehaus in Jinnwald einen Besuch ab. Es war bereits 11 Uhr nachts, als die letzten Teilnehmer dieses Ausfluges in die Nähe ihres Zieles kamen. Vabafsch war, von den Anstrengungen des Marsches erschöpft, mit noch zwei Genossen etwas zurückgeblieben. Die beiden Begleiterinnen überredete er aber, auf ihn nicht zu warten, er würde allein langsam nachkommen. Die Mädchen besaßen sich, als sie das Naturfreundehaus erreichten, sogleich zur Ruhe. Am anderen Morgen wurde das Rechenbradisch bemerkt und sofort machten sich mit Schneeschuhen versehene Kollegen auf den Weg, um nach dem Verbleib des Vermissten zu fahnden. Sie fanden ihn, eine Bierstunde vom Naturfreundehaus entfernt, erstarrt im Schnee liegen. Vollständig erschöpft, wollte er sich einen Augenblick Rast gönnen und ist dabei erstickt — und erstickte. Brodatich war Mitglied der Jugendorganisation Teschen und der Bezirksleitung. Er ist nur 17 Jahre alt geworden.

Der Völkerbund im Kampfe gegen die pornographische Literatur. Die deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik teilt mit:

### Kleine Chronik.

Erordnung eines Schuhmacherlehrlings bei Berlin. In der Nacht zum Donnerstag wurde auf der Straße Hermsdorf-Wittenau kurz vor der Einfahrt des Junges in den Bahnhof Wittenau von einem Eisenbahnbeamten ein junger Mann zwischen den Schienen tot aufgefunden. Der Tote lag mit dem Kopf auf dem Gleis, ein Arm war ihm abgefahren. Die Ermittlungen ergaben alsbald, daß es sich um den 16 Jahre alten Schuhmacherlehrling Max Mann handelt, der in Berlin in der Zielstraße bei dem Schuhmachermeister Borchardt als Lehrling beschäftigt war. Bei dem Schuhmachermeister war am Mittwoch nachmittags eine diesem unbekannt Frau erschienen, die ihm sagte, daß sie erfahren habe, daß er Kohlen benötige. Sie gab an, in der Lage zu sein, ihm diese zu verschaffen, und man kam überein, daß der Lehrling mitgehen sollte, um sie zu übernehmen. Da der Meister statt des gesuchten Kaufpreises von 9000 nur 4000 Mark im Hause hatte, erklärte sich die Frau auch mit dieser Teilzahlung zufrieden. Der Lehrling hat dann die Frau begleitet und war seitdem verschunden. Von dem Gelde, das der Meister dem Lehrling mitgegeben hatte, wurde bei der Leiche nichts mehr gefunden. Allem Anschein nach ist der junge Mann einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Nach der Taterin wird gefahndet.

### Literatur.

Heinrich Heine: „Reisebilder“, Hamburg, Hoffmann und Campe. Der alte Verleger Heines hat den guten Gedanken gehabt, die Werke des Dichters in Einzelausgaben, möglichst im Stil ihrer Zeit, nochmals neu herauszubringen und sie durch diese „Originalgestaltung“ aus literar-historischem Besitz zu lebendiger Wirkung zu erwecken. Denn, daß die dickblättrigen „Klassiker-Gesamtausgaben“ oft nichts sind als ein prunk- und pietätvoller Zera, weiß jeder, der hinter die Geheimnisse eines „Klassikers Bücherlastens“ blickt. Die vorliegenden Heine-Ausgaben gewinnen noch dadurch an unmittelbarer Wirkung, daß ihnen eine Menge zeitgenössischer Bilder beigegeben ist, sozusagen als Auge und Ohr um hundert Jahre zurückverlegt werden. Vielleicht hätte es dem hier angeordneten Stil noch mehr entsprochen, wenn auf die an sich treffliche und reichhaltige Einleitung von G. A. G. Bogen verzichtet worden wäre, denn da haben wir ja wieder die Philologie, und gleich auf fünfzig Seiten! Oder wenn schon sein mühte, so wenigstens an den Schluß! Aber das soll kein ernsthafter Tadel sein. Denn so, wie die Bücher nun einmal vorliegen, sind sie leibhaftige Schmutz- und Schatzkästlein, denen man Kriegs- und Nachkriegszeit in nichts anmerkt.

H. G. Wells: „Ugh-Doni, eine Geschichte aus der Steinzeit.“ (Wien 1922, C. P. Zol.) Mit blühender Phantasie führt uns der englische Dichter um fünfzigtausend Jahre zurück, als sich der Ur Mensch eben aus der Tierheit zu erheben begann. Noch ist er eigentlich eins mit seiner tierischen Umgebung, mit ihr gelehrt durch die Raute, die Art der Nahrungssuche, die ewige Flucht vor dem Stärkeren, aber schon ist er Herr des Feuers und erobert sich die ersten Werkzeuge. Die Ugh-Doni, der „Denker“, auf Art und Reule, auf Reiten und neue Arten des Ueberfalles und der Abwehr kommt, wird von Wells anschaulich und amüsant dargestellt, zumal auch eine „Ur-Liebesgeschichte“ nicht fehlt; zu viel des Guten ist vielleicht die Häufung der Ugh-Doni zugeschriebenen Entdeckungen. In solchen Riesenschritten ging die Entwicklung nicht vor sich, doch hätte Wells, der mit seinem Phantasiebild auch Erkenntnisse vermitteln wollte, doch bedenken sollen. Aber viel Vergnügen und Bereicherung schöpft man trotzdem aus dem Kleinen, trefflich übersetzten und mit mehr originellen als anschaulichen Holzschnitten geschmückten Buche. K.

### Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 13.: „Die Baderer“; Donnerstag, den 14.: „Bajazzo“ (mit Picaver); Freitag, den 15.: Premiere „Man kann nie wissen“; Samstag, den 16.: abends „Die Braut des Lucius“, 10 Uhr nachts: Nachvorstellung Leopoldi-Wiesenthal-Waldow; Sonntag, den 17.: nachmittags „Der Kaufmann von Venedig“, abends „Die Braut des Lucius“.

Kleine Bühne. Heute, Mittwoch, keine Vorstellung; Donnerstag, den 14.: „Der müde Theodor“; Freitag, den 15.: „Candiba“; Samstag, den 16.: „Werwolf“; Sonntag, den 17.: „Menagerie“.

### Gerichtssaal.

#### Die Brüner Spionageaffäre.

Prag, 12. Dezember. Der heutige Tag war mit der Einvernahme von Zeugen ausgefüllt, die durchwegs befragt für die Angeklagten ansagten. Da der Verteidiger des Rowalowski, Dr. Theodor Goller heute aus Brünn angekommen war, mußte mit Leutnant Rowalowski das Verhör noch einmal durchgenommen werden. Als Zeugen wurden einternommen Obersteuermann Kopeck, der erklärte, daß Rowalowski das Vertrauen des Generals Podhajsky genoss, und der Brüner Polizeikommissar Rebeck, der über die Sonderdurchsuchungen bei Rowalowski und die ersten Nachforschungen berichtete. Nach einer einstündigen Pause wurde nachmittags die Verlesung der Protokolle fortgesetzt. Sämtliche Angehörige der Angeklagten verweigerten die Ansfage.

Die Verhandlung wurde schließlich noch halb 7 Uhr abends abgebrochen. Morgen werden die restlichen Protokolle verlesen und möglicherweise bereits das Urteil gefällt werden.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die Vaubewegung. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage unterbreitet, durch die die staatliche Unterstützung der Vauunternehmen auf das Jahr 1923 verlängert wird. Im Motivenberichte heißt es, daß der Wohnungsmangel noch immer in manchen Orten ein sehr fühlbarer ist, aber keine Allgemeinercheinung darstellt. Den veränderten Verhältnissen entspricht das Gesetz dahin, daß künftighin die Unterstützung bloß in Gemeinden, in denen der Wohnungsmangel ein notorischer ist, erteilt werden darf; außerdem wird die Unterstützung bedeutend herabgesetzt. Eine Steuerbefreiung wird Neubauten für 25 Jahre gewährt und nicht für 50, wie bisher. Beachtung verdienen ferner noch die Bestimmungen, durch die die Enteignung von Grundstücken zu Vauzwecken „bei aller Wahrung des Privateigentums“ erleichtert werden. Die Regierung hofft — so schließt der Motivenbericht — daß die Vauunternehmer das Gesetz ausnützen und so nicht nur zur Linderung der Wohnungsnot, sondern auch zur Vinderung der Arbeitslosigkeit beitragen werden.

Das Garantiefetz für die Sanierung Oesterreichs. Im Einlaufe der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses befand sich ein Gesetzentwurf, durch welchen der Finanzminister ermächtigt wird, die Garantie für die österreichische Sanierungsanleihe auf Grund der Genfer Protokolle vom 4. Oktober zu übernehmen. Der Finanzminister soll ermächtigt werden, im Namen des Staates die Garantie für die Verzinsung und Amortisierung kurz- wie langfristiger Schuldverschreibungen zu übernehmen und zwar bis 20 Prozent der zur Beschaffungbarer 520 Millionen Goldkronen erforderlichen Summe und bis zum Betrage von einem Drittel der zur Beschaffungbarer 130 Millionen Goldkronen erforderlichen Summe. Zur Erleichterung dieser Garantie kann der Finanzminister staatliche Obligationen bis zu der genannten Höhe ausgeben, die auf die gleiche Währung und den gleichen Zinsfuß lauten würden und die gleichen Amortisationsbedingungen hätten, wie die garantierten österreichischen Anleihen, und er kann diese Obligationen einem Vertrauensmann unter dem Schutze des Völkerverbundes übergeben. Sollte die Garantie rechtskräftig werden, und der Finanzminister verpflichtet sein, einige Fälligkeiten des Anleihenbedarfs tatsächlich zu decken, so kann er sich die hierzu erforderlichen Mittel in dem oder jenem Jahre provisorisch durch eine Kreditoperation beschaffen und die notwendige Summe in das nächstjährige Budget einreichen, falls sie inzwischen nicht refundiert wurde.

Die Kommunisten wissen nicht, wo sie hingehen. Der „Textilist“ in Brünn veröffentlicht einen Brief eines kommunistischen Vertrauensmannes namens Josef Lissal, welcher auch für die Deffentlichkeit von Interesse sein dürfte. Er lautet:

#### Textilsektion Sekretariat Brünn.

Cojl 57/II. Brünn, 7. Nov. 1922.

Better Gen. Mail kann mir Euer Schweigen nach dem allgewerkchaftlichen Kongress nicht vorstellen. Gen. Stokal hat nach Prag an die Sektion geschrieben, daß er am 11. d. M. seinen Posten in Brünn antritt, die Antwort lautete, daß sie es nicht beim allgewerkchaftlichen Verband zur Kenntnis nehmen, indem die Textilsektion noch nicht fest aufgestellt ist und der Verband nicht behördlich anerkannt ist. Dann haben wir der Sektion Prag geschrieben, daß die Mitglieder jetzt III. Klasse 120 zählen müssen, ob sie nicht auch die Arbeitslosenunterstützung wie beim alten Brüner Verband bekommen können, weil eine Unzufriedenheit zwischen den Mitgliedern deswegen herrscht.

Drittens haben wir 15.000 K angefordert für Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und man schreibt uns, wir sollen erst die 20.000 K abrechnen, die wir schon bekommen haben, wir hatten für Monat September mit Prag schon verrechnet und morgen senden wir die Abrechnung für Oktober ab. So weiß ich nicht, was die verlangen. Du weißt doch, daß man die Belege nicht früher einreichen kann, bis das Mitglied die ganze Unterstützung bezogen hat, so ist es doch klar, daß wir einen Monat nach dem anderen die Belege einreichen müssen und nicht auf einmal.

Wenn das so weiter gehen wird, so werden wir bald alle gehen, weil wir jetzt nicht wissen, wohin wir gehen. Prag will von uns nichts wissen, Reichenberg auch nicht, da stehen wir schon hier.

Bitte um sofortige Antwort.

Mit komm. Gruß

Textilist. Aktion Zentralgruppe Brünn Cojl 57/II: Josef Lissal.

Dieser Brief gibt ein ganz deutliches Bild von der Zerfahrenheit der kommunistischen Textilarbeiterorganisation und zeigt der Deffentlichkeit sehr deutlich, in welche Führung sich die Textilarbeiter begeben. Zur Aufklärung wollen wir noch mitteilen, daß Herr Stokal früher Sekretär des tschechischen Textilarbeiterverbandes mit dem Sitze in Brünn war und daß er als Kommunist zu der kommunistischen Textilsektion übergehen wollte. Die Arbeiterchaft wird aus diesem Brief ersehen, daß sie sich nur selbst schädigt, wenn sie sich den kommunistischen Gewerkschaftspatern verschreibt. Wir empfehlen daher diesen Brief den Textilarbeitern eindringlich zum Studium.

Kommunistische Verströmungen. Wir haben vor einigen Tagen über die Verleumdungen, die von der kommunistischen Textilarbeiterorganisation ausgebreitet werden und haben die Vermutung ausgesprochen, daß diese Verleumdungen der Union der Textilarbeiter, daß sie nämlich

keine Arbeitslosenunterstützung ab 1. Dezember 1922 auszahlen wird, nur deshalb erhoben werden, um die Einstellung der Unterstützung der kommunistischen Sektion zu begründen. Unsere Vermutung hat sich als richtig erwiesen. Wir können heute feststellen, daß im Gebiete Rumburg die Arbeitslosenunterstützung nur an die Allerbedürftigsten von der kommunistischen Sektion zur Auszahlung gebracht wird. Im Wagnsdorfer Gebiet sehen wir die gleiche Vorgangsweise, indem die kommunistische Sektion nur die Hälfte der Unterstützung an die Mitglieder auszahlen will. In Wagnsdorf ist es wegen dieser Angelegenheit in der kommunistischen Organisation zu ziemlichen Differenzen gekommen. Interessant ist die Begründung, welche den Mitgliedern hiezu gegeben wird. Wie uns gezwungene kommunistische Mitglieder berichten, wurde ihnen mitgeteilt, daß die kommunistische Sektion zwar noch Gelder besitzt, diese jedoch nicht flüssig machen kann. Die kommunistische Textilsektion hat angeblich einen Betrag von K 120.000 einer Reichenberger Druckerei geliehen, von welchem sie bis jetzt zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung 50.000 Kronen abgehoben hat. Es wurde den Mitgliedern weiter erklärt, daß die restlichen 70.000 Kronen nicht erhoben werden können, weil dadurch diese Druckerei in die größten Schwierigkeiten kommen würde und daß die Kommunisten doch diese Druckerei nicht zu Grunde richten wollen. Die Mitglieder sollen sich gedulden, bis sie einen größeren Betrag von Amerika erhalten haben, damit sie die Unterstützung auszahlen können. Diese Verströmungen, daß die Kommunisten von Amerika Geld bekommen werden, dürfen die Mitglieder allerdings nicht glauben, weil in ganz Amerika nur wenig kommunistische Organisationen bestehen. Das Ganze ist nur ein Manöver, damit die Kommunisten den Mitgliedern, die in sie das Blaue vom Himmel versprochen haben, falls sie zu ihrer Organisation übertritten, die Augen auszuwischen können. Diejenigen Mitglieder, die zur kommunistischen Sektion übergetreten sind, haben sich dadurch bedeutend geschädigt, weil die Mitglieder der Union der Textilarbeiter immer noch die volle Unterstützung ohne jede Kürzung erhalten. Diese Berichte, die wir hier besprochen haben, geben uns aus denjenigen Teilen des Staats zu, wo die kommunistische Textilarbeiterorganisation Fuß gefaßt hat. Wir stellen diese Tatsachen fest, damit die Arbeiterchaft urteilen kann, wer die großen Verströmungen eingelöst hat und wer nicht. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Gelder, welche von den Textilarbeitern eingezahlt wurden, auf alle Fälle während der Arbeitslosigkeit diesen Textilarbeitern zur Verfügung stehen müssen und daß eine ernste Organisation in keinem Fall irgendwelche Rücksichten auf Parteimietnehmungen, welche verschundet sind, nehmen darf. Die kommunistischen Führer schreiben aber lieber eine Druckerei und lassen die Textilarbeiter ohne jede Unterstützung.

Die Getreideernte der Welt im Jahre 1922 fiel schlechter aus als das Jahr zuvor. Nur in einigen überseeischen Ländern wie British Indien, Kanada, in den Vereinigten Staaten, von den europäischen Ländern nur in Polen, ist eine größere Ernte aufzuweisen als 1921. In der Tschechoslowakei wurden gegenüber 1921 in diesem Jahre nur etwa 80 Prozent Brotpotential geerntet. 1921 betrug in der Tschechoslowakei die Weizenernte 10.528.000 Doppelzentner, 1922 dagegen nur 8.293.000. Roggen wurden 1921 13.649.000 Doppelzentner, 1922 11.633.000 geerntet. Dies wird wohl auch auf die Handelsbilanz nicht ohne Einfluß bleiben, da die fehlende Getreidemenge aus dem Auslande eingeführt werden muß.

Eine neue Fusion im deutschen Bankgewerbe. Auch auf dem Gebiete des Real-Kredits macht die Fusionierung möchliche Fortschritte. Die Preussische Zentralbodenkredit A.G., die deutsche Grundkreditbank in Köln haben sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, um, wie es heißt, den sich in immer größeren Maße ausdrückenden Kapitalbedarf in ausreichender Weise befriedigen zu können, andererseits aber auch, um die ins ungemessene gestiegenen Unkosten durch Vereinfachung und Sparsamkeit der Betriebe auf ein erträgliches Maß herabzubringen.

**Devisenkurse.**  
Die tschechische Krone notiert in:

Paris	1670,00	Schw. Frank	1670,00
Berlin	281,34	Mar.	281,34
Wien	6000,00	Österr. Kr.	6000,00

**Zürcher Schlußkurse.**

Berlin	100,69	Paris	87,00
Wien	600,97	Mailand	29,50
Brno	1670,00	Publ. Zeit.	0,22,75
Holland	211,25	Belgrad	6,40,00
Rem. Port.	530,50	Warschau	0,03,00
London	24,81	Wien gest.	0,00,00

**Prager Kurse.**

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1250,00	1258,00
100 Mar.	0,23,75	0,43,75
100 schwed. Frank.	508,75	508,25
10 Lire	150,25	160,75
100 franz. Frank.	22,75	22,25
1 Pfund Sterling	144,87	145,87
1 Dollar	31,45,01	31,85,01
100 belg. Frank.	205,25	208,75
100 Dinar	40,00	40,50
100 österr. Kronen	0,04,225	0,04,725
100 poln. Mar.	0,15,81	0,20,30
100 ungar. Kronen	131,50	141,50

**Bereinsnachrichten.**  
Der Arbeiter-Abkündertenbund in der Tschechoslowakischen Republik sammelt Zeitungsnachrichten über die Verbreitung und die Folgen des Alkoholgenusses. Er bittet die Genossen, ihm Zeitungsausschnitte mit solchen Nachrichten (auch solcher, die offenbar vom Alkoholkapital beeinflusst sind) oder Abkristen mit der Quellenangabe unter der Anschrift Walter Jarosch, Karolinental, Komenische narecti 14, zu senden. Die Kosten werden halbjährig berechnet. 1292

Mitteilungen aus dem Publikum.  
**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert Optiker Deutsch, Prag,  
Graben 25, K1 Bazar.  
189

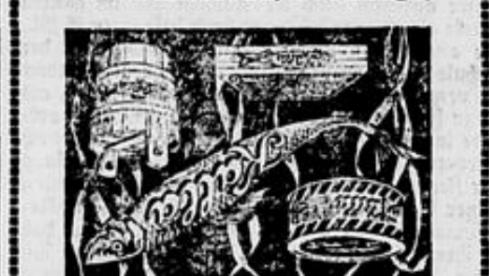
Weihnachts Wunderkerzen  
Kerzen  
Info-Werke  
Päßen  
1242



Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Berantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag,  
für den Druck verantwortlich: O. Solik

**Kommis**  
wird als Lagerhalter für Filiale aufgenommen.  
Kleine Kaution bedingend. Eintritt sofort oder ab 1. Jänner. Konsum- und Spargenossenschaft in Eienstr. 1291

**KALLA'S**  
Bratheringe.  
Fischkonserven, Sücalingo.



zu beziehen durch die Großverkaufsgesellschaft für Konsum- und Spargenossenschaft in PRAG II, Füg.ovo uam. 4. 1278

**Arbeiter-Jahrbuch 1923**

erscheinen seit Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.

Lichtentaler . . . 6 Kronen  
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen

Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Teplitz, Bellestr. 1.

**Arbeiter-Lichtentaler**

129

**Sozialdemokrat!**

**Amerikanische Dauerbrand-Oefen**

Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!

Regioverkauftstellen:  
Reichenberg: Wienerstraße 21.  
Marion: ad: Kurl Lothringen  
Brünn: Salsamstrasse 7.  
Mähr. Ostrau: Jahnsbafstraße 17

**AMERICAN HEATING**  
Akt.-Ges. Prag  
Národní 22. Tel. 2428

**BANK FÜR BRAUINDUSTRIE, PRAG II., Havlíčkovo 25.**

Filialen: Schäßlitz, Tyrnan (Slowakei).  
Offizielle Bankgründung der Brauindustrie-Organisationen des tschechoslowakischen Staates. 807